



Staats-Anzeiger

FÜR DAS LAND HESSEN

1966

Montag, den 19. September 1966

Nr. 38

Seite

Seite

Der Hessische Ministerpräsident — Staatskanzlei —

Aenderung des Erlasses über die Ehrung der Ehe- und Altersjubilare	1213
Staatliche Anerkennung von Rettungstaten	1213

Der Hessische Minister des Innern

Organisation der staatlichen Schutz- und Kriminalpolizei; hier: Wahrnehmung der vollzugspolizeilichen Aufgaben im Gebiet der Stadt Limburg/Lahn	1213
Verlegung des Polizeikommissariats des Landrats in Eschwege und des Staatlichen Kriminalkommissariats Eschwege	1214
Öffentlich geförderter sozialer Wohnungsbau; hier: Anerkennung der Tilgung von Aufbaudarlehen für den Wohnungsbau als fiktive Zinsen gemäß § 22 der II. BVO	1214
Prüfingenieure für Baustatik	1214

Der Hessische Minister der Finanzen

Verteidigungskosten; Verwaltungsabkommen gemäß Art. 41 (13) des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut (ZA zum NTS); hier: Französische Streitkräfte	1214
Verlust eines Dienstaussweises	1215
Zuständigkeiten bei der Einstellung, Abordnung, Versetzung, und Entlassung von Angestellten und Arbeitern des Landes Hessen	1215
Vergütungsvertrag Nr. 5 zum Bundes-Angestelltentarifvertrag (BAT) vom 1. Juli 1966	1216

Der Hessische Minister der Justiz

Anordnung zur Änderung der Anordnung über die Vertretung des Landes Hessen im Geschäftsbereich der Justizverwaltung	1217
---	------

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr

Bau und Betrieb einer 220-kV-Hochspannungsleitung von Kelterbach nach Rüsselsheim, Landkreis Groß-Gerau	1218
Bau und Betrieb einer Hochdruck-Gasfernleitung von Hohen-eiche, Landkreis Eschwege, nach Göttingen	1218
Aufstufung einer Gemeindestraße zur Teilstrecke der Kreisstraße 663 in Wiesbaden-Erbenheim, Stadtkreis Wiesbaden ..	1218
Aufstufung von Gemeindewegen zu Kreisstraßen im Land-kreis Waldeck	1218
Wirtschaftsprüferordnung	1218
Verlust eines Dienstaussweises	1218

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten

Übertragung der Befugnis der Einleitungsbehörde nach § 31 HDO	1219
Flurbereinigung Geisenheim, Rheingaukreis	1219

Regierungspräsidenten**WIESBADEN**

Einrichtung eines Wohnplatzes in der Gemeinde Bruchköbel, Landkreis Hanau	1220
Aufhebung von Wohnplätzen in der Gemeinde Wernborn, Landkreis Usingen	1220
Einrichtung und Aufhebung von Wohnplätzen in der Gemeinde Anspach, Landkreis Usingen	1220

Personalmeldungen

C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern	1220
E. im Bereich des Hessischen Ministers der Justiz	1220

Öffentlicher Anzeiger	1221
Hessische Landesbank — Girozentrale — Bilanz zum 31. 12. 1965	1228

886

Der Hessische Ministerpräsident**Änderung des Erlasses über die Ehrung der Ehe- und Altersjubilare**

Bezug: Erlaß vom 19. Januar 1966 (StAnz. S. 201)

- Teil V Nr. 4 des Bezugserrlasses wird wie folgt geändert: „Der Bundespräsident gewährt eine Ehrengabe nur bei Bedürftigkeit. Sie wird dann anerkannt, wenn das monatliche Gesamteinkommen eines Ehepaares 650 DM und das einer Einzelperson 450 DM nicht übersteigt. Ist eine genaue Feststellung der Einkommensverhältnisse mit Schwierigkeiten verbunden, genügt im Antragsformular unter Nr. 5 b (1) die Bestätigung der Bedürftigkeit.“

- Dieser Erlaß tritt am Tage nach seiner Bekanntmachung in Kraft.

Wiesbaden, 1. 9. 1966

Der Hessische Ministerpräsident
— Staatskanzlei —
Az. II A 3 — 14 f
StAnz. 38/1966 S. 1213

887

Staatliche Anerkennung von Rettungstaten

Für die am 12. September 1965 unter Lebensgefahr ausgeführte Rettung eines Menschen vor dem Tode verleihe ich Herrn Heinz Diefer Born, Polizeimeister, Offenbach am Main, die Hessische Rettungsmedaille.

Wiesbaden, 28. 5. 1966

Der Hessische Ministerpräsident
II A 3 — 14 c

Für die erfolgreich durchgeführte Rettung zweier Menschen vor dem Tode verleihe ich Herrn Hermann Schmidt, Frankfurt am Main, die Hessische Rettungsmedaille.

Wiesbaden, 20. 7. 1966

Der Hessische Ministerpräsident
II A 3 — 14 c

StAnz. 38/1966 S. 1213

888

Der Hessische Minister des Innern**Organisation der staatlichen Schutz- und Kriminalpolizei;**

hier: Wahrnehmung der vollzugspolizeilichen Aufgaben im Gebiet der Stadt Limburg/Lahn

Im Einvernehmen mit dem Magistrat werden ab 23. August 1966 im Gebiet der Stadt Limburg

- die der Schutzpolizei obliegenden Aufgaben (§ 3 Abs. 1 PolOrgVO) von dem Polizeikommissariat des Landrats in Limburg und

- die der Kriminalpolizei obliegenden Aufgaben (§ 6 Abs. 1 PolOrgVO) von dem Staatlichen Kriminalkommissariat Limburg

wahrzunehmen.

Wiesbaden, 6. 9. 1966

Der Hessische Minister des Innern
III A 11 — 21 b 02 03

StAnz. 38/1966 S. 1213

889

Verlegung des Polizeikommissariats des Landrats in Eschwege und des Staatlichen Kriminalkommissariats Eschwege

Das Polizeikommissariat des Landrats in Eschwege und das Staatliche Kriminalkommissariat Eschwege sind am 28. Juli 1966 umgezogen und nunmehr wie folgt zu erreichen:

1. Anschrift:

344 Eschwege, Niederhoner Straße 44

2. Fernsprechrufnummern:

Polizeikommissariat: Eschwege 30 48 und 30 49

Kriminalkommissariat: Eschwege 30 66 und 30 67

Wiesbaden, 30. 8. 1966

Der Hessische Minister des Innern
III A 11 — 21 b 02 03

StAnz. 38/1966 S. 1214

890

Öffentlich geförderter sozialer Wohnungsbau;

hier: Anerkennung der Tilgung von Aufbaudarlehen für den Wohnungsbau als fiktive Zinsen gemäß § 22 der II. BVO

In dem nachstehend abgedruckten Beschluß des Landesbewilligungsausschusses ist die Anerkennung fiktiver Zinsen für erhöhte Tilgung bei Aufbaudarlehen für den Wohnungsbau für den Bereich des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaues geregelt worden. Ich weise hierzu auf folgendes hin:

Es handelt sich um eine generelle Regelung des Ansatzes fiktiver Zinsen bei Aufbaudarlehen für den Wohnungsbau. In dem hier bestimmten Umfange bedarf es keiner besonderen Einzelgenehmigung durch den Landesbewilligungsausschuß bei der Hessischen Landesbank — Girozentrale — in Frankfurt (Main).

Soweit jedoch bei öffentlich geförderten Wohnungen Mieterhöhungen der Genehmigung bedürfen (z. B. § 72 Abs. 5

Satz 2 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes) gilt die Genehmigungspflicht auch für Mieterhöhungen wegen des Ansatzes fiktiver Zinsen für Aufbaudarlehen für den Wohnungsbau. Wiesbaden, 7. 9. 1966

Der Hessische Minister des Innern

V B 3 — 62 c 44 — 31/66

StAnz. 38/1966 S. 1214

Anlage

1 d)

E 1

§ 22/3 II. BVO

Beschluß des Landesbewilligungsausschusses vom 6. 9. 1966 zu § 22 Abs. 3 der II. BVO Zinssatz zur Aufbringung erhöhter Tilgungen bei Aufbaudarlehen für den Wohnungsbau mit 4%iger Tilgung

Bei Aufbaudarlehen für den Wohnungsbau, die mit 4% zu tilgen sind, gilt folgende Regelung:

Als fiktive Zinsen können höchstens 2% angesetzt werden. Die Berechnung der höchst zulässigen fiktiven Zinsen ist wie folgt vorzunehmen:

Vom Gesamtbetrag der Tilgung ist die Abschreibung einschließlich der Sonderabschreibung abzuziehen. Der dann gegebenenfalls verbleibende Betrag kann höchstens bis zu dem Betrage als fiktive Zinsen angesetzt werden, der 2% des Aufbaudarlehens entspricht.

Der Hessische Minister
des Innern

Der Hessische Minister
der Finanzen

891

Prüfungsingenieure für Baustatik

In der Veröffentlichung StAnz. 35/1966 S. 1132 muß die vollständige Eintragung unter A) Regierungsbezirk Darmstadt wie folgt lauten:

Bachtdse, Ila, Dipl.-Ing., St

Darmstadt, Mathildenplatz 5, Tel.: 7 75 89

StAnz. 38/1966 S. 1214

892

Der Hessische Minister der Finanzen

Verteidigungslasten;

Verwaltungsabkommen gemäß Art. 41 (13) des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut (ZA zum NTS);

hier: französische Streitkräfte

Die hessischen Behörden der Verteidigungslastenverwaltung verfahren bei der Abgeltung der in Hessen von französischen Streitkräften verursachten Schäden nach dem o. a. Verwaltungsabkommen, das zwischen dem Oberkommando der französischen Streitkräfte in Deutschland und dem Bundesministerium der Finanzen am 4. Juli/2. September 1963 vereinbart worden ist. Es enthält im Teil B Abschnitt III Vorschriften über ein vereinfachtes Verfahren zur Abgeltung von Manöver- und Übungsschäden nach Art. VIII (5) NTS. Diese Vorschriften sind nachstehend abgedruckt. „Deutsche Behörde“ nach diesem Abkommen ist die zuständige Behörde der Verteidigungslastenverwaltung, Zuständige französische Dienststelle ist das Bureau du Contentieux Nord in Koblenz. Der Abdruck der angeführten Formblätter ist aus Raumersparnisgründen unterblieben.

Abdruck

des Teils B Abschnitt III des Verwaltungsabkommens zur Regelung des Verfahrens bei der Abgeltung von Schäden gemäß Art. VIII des NATO-Truppenstatuts (NTS) in Verbindung mit Art. 41 des Zusatzabkommens zum NTS (ZA).

Abschnitt III — Vereinfachtes Verfahren zur Abgeltung von Manöver- und Übungsschäden, nach Artikel VIII Abs. (5) NTS

39. Anträge wegen Manöver- und Übungsschäden, für die die Truppe verantwortlich ist, können unbeschadet der Bestimmungen des Abschnitts IV nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen in einem vereinfachten Verfahren behandelt werden wenn eine Entschädigung von nicht mehr als 1 000,— DM verlangt wird.

Nicht im vereinfachten Verfahren behandelt werden:

- Anträge wegen Schäden, die nach der Behauptung des Antragstellers durch die Flugtätigkeit der Truppe entstanden sein sollen,
 - Anträge von Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden wegen Straßenschäden.
40. Die Anträge sind bei der Gemeindeverwaltung, in deren Bereich das schädigende Ereignis stattgefunden hat, innerhalb von 14 Tagen nach Abschluß des Manövers oder der Übung zu stellen. Die deutsche Behörde und das Bureau du Contentieux können im gegenseitigen Einvernehmen auf die Einhaltung dieser Frist verzichten. Die Vorschriften des Artikels 6 des Gesetzes zum NATO-Truppenstatut und zu den Zusatzvereinbarungen vom 18. August 1961 (BGBl. II S. 1183) bleiben unberührt.

41. Der Antragsteller hat folgende Angaben zu machen:

- Familienname und Vorname;
- Anschrift;
- Tag und Stunde des Schadenseintritts (falls bekannt);
- Bezeichnung der beteiligten Einheiten und/oder Mitglieder der Truppe und/oder Kennzeichen der beteiligten Fahrzeuge der Truppe (falls bekannt);
- Bezeichnung der beschädigten Sache;
- Art und Ausmaß des Schadens;
- beanspruchte Entschädigung.

42. Die Gemeindeverwaltung nimmt die Anträge in eine Liste nach Formblatt 7 auf. Der Antragsteller hat die Richtigkeit seiner Angaben durch Unterschrift in Spalte „h“ des Formblattes zu versichern.

43. Die Gemeindeverwaltung hat die deutsche Behörde so bald als möglich von den eingegangenen Anträgen zu unterrichten.

44. Innerhalb von drei Wochen nach Abschluß des Manövers oder der Übung ist jede Gemeinde, in der Anträge gestellt worden sind von einem Feststellungsorgan aufzusuchen. Die deutsche Behörde und das Bureau du Contentieux können

im gegenseitigen Einvernehmen auf die Einhaltung dieser Frist verzichten.

Feststellungsorgan kann sein entweder

- a) eine Kommission, die sich zusammensetzt aus
 - (i) einem Vertreter der deutschen Behörde,
 - (ii) dem Leiter der Gemeindeverwaltung oder dessen Vertreter,
 - (iii) einem von der deutschen Behörde ausgewählten Sachverständigen (für Landwirtschaft, Forstwirtschaft usw.) und
 - (iv) einem Vertreter des Bureau du Contentieux;
 oder
- b) ein Vertreter der deutschen Behörde zusammen mit seinem Sachverständigen und ein Vertreter des Bureau du Contentieux,
- oder
- c) ein Vertreter der deutschen Behörde, der die nötige Sachkunde und Erfahrung besitzt, und ein Vertreter des Bureau du Contentieux.

Die deutsche Behörde entscheidet nach Lage des Falles darüber, in welcher Gestalt das Feststellungsorgan jeweils tätig werden soll.

Das Bureau du Contentieux kann darauf verzichten, im Feststellungsorgan vertreten zu sein, wenn es der Auffassung ist, daß die angemeldeten Schäden seine Anwesenheit nicht rechtfertigen.

Der Vertreter der deutschen Behörde vereinbart den Zeitpunkt des Zusammentritts mit dem Vertreter des Bureau du Contentieux, wenn dieses im Feststellungsorgan vertreten sein soll, und außerdem mit der Gemeindeverwaltung, wenn der Zusammentritt einer Kommission vorgesehen ist.

45. Der Leiter der Gemeindeverwaltung oder dessen Vertreter übergibt dem Vertreter der deutschen Behörde die Liste der Anträge.

An Hand dieser Liste prüft das Feststellungsorgan die Schäden am Schadensort und hört, soweit erforderlich, den Antragsteller an.

Nach Abschluß der Überprüfung jedes einzelnen Schadensfalles hat das Feststellungsorgan darüber Beschluß zu fassen, ob der Schaden durch das Manöver oder die Übung der Truppe verursacht worden ist. Wenn das Feststellungsorgan — sofern mehrere Personen dazugehören, einstimmig — der Auffassung ist, daß dies der Fall ist, hat der Vertreter der deutschen Behörde in Spalte „i“ des Formblatts 7 den Vermerk einzutragen: „Anerkannt“. Wenn das Feststellungsorgan nicht — sofern mehrere Personen dazugehören, nicht einstimmig — zu dieser Auffassung gelangt, so ist der Vermerk „Nicht anerkannt“ in Spalte „i“ einzutragen. Die Gründe dafür sind kurz in Spalte „k“ zu vermerken.

46. Nachdem alle in der Liste verzeichneten Schadensfälle nach Nr. 45 überprüft worden sind, sind die Formblätter 8 auszufüllen und von allen Mitgliedern des Feststellungsorgans zu unterzeichnen. Dabei sind in Abs. 2 alle zusätzlichen Mitteilungen in bezug auf nicht anerkannte Ansprüche zu vermerken, die aus dem Formblatt 7 hervorgehen.

47. Hat das Feststellungsorgan einen Schaden als Manöver- oder Übungsschaden anerkannt, so schließt nach Anhörung des Sachverständigen der Vertreter der deutschen Behörde, falls möglich, sofort eine Vereinbarung mit dem Antragsteller über die zu gewährende Entschädigung unter Verwendung des Formblatts 9 ab. Die Vereinbarung ist von dem Vertreter der deutschen Behörde und von dem Antragsteller zu unterzeichnen. Der vereinbarte Entschädigungsbetrag ist in Spalte „m“ des Formblatts 7 einzutragen.

48. Die vereinbarte Entschädigung ist tunlichst innerhalb von acht Tagen nach Abschluß der Vereinbarung auszuführen. Kann bei anerkannten Ansprüchen (die als solche in Spalte „i“ des Formblatts 7 vermerkt sind) aus irgendeinem Grunde (z. B. weil über die Höhe des Entschädigungsbetrages Einigkeit nicht erzielt werden konnte) Zahlung nicht geleistet werden, so ist ein entsprechender Vermerk in Spalte „m“ einzutragen.

49. Sobald die Zahlungen geleistet worden sind, sind die Formblätter 7 entsprechend auszufüllen; der gezahlte Gesamtbetrag sowie der Anteil von 75 v. H., um dessen Erstattung ersucht wird, sind zu vermerken. Dies ist von dem verantwortlichen deutschen Beamten auf dem Formblatt 7 an der dafür vorgesehenen Stelle zu bescheinigen. Fünf Ausfertigungen sind an das Bureau du Contentieux auf dem Dienstwege weiterzuleiten. Ferner ist je eine Ausfertigung des Formblatts 8 mitzusenden.

50. Das Bureau du Contentieux sendet so bald als möglich eine Ausfertigung des Formblatts 7 an die deutsche Behörde zurück, wobei es vermerkt, daß der zu Lasten des Entsendestaats gehende Anteil an den Entschädigungsbeträgen zur Zahlung angewiesen worden ist.

51. In denjenigen Fällen, in denen

- a) ein Mitglied des Feststellungsorgans Manöver- oder Übungsschäden nicht als gegeben anerkennen kann oder
 - b) eine Vereinbarung über den Entschädigungsbetrag nicht zustande kommt oder
 - c) der Entschädigungsbetrag die festgesetzte Grenze von 1 000,— DM übersteigen würde,
- hat das Verfahren nach Abschnitt II Anwendung zu finden und nicht das vereinfachte Verfahren nach diesem Abschnitt.

52. Soweit sich nicht aus Nr. 53 bis 57 etwas anderes ergibt, findet das vereinfachte Verfahren nur Anwendung, wenn eindeutig festgestellt ist, daß der Schaden ausschließlich durch die Truppe verursacht worden ist.

53. Ist ein Schaden bei Manövern oder Übungen entstanden, welche die (französische) Truppe gemeinsam mit den Truppen einer oder mehrerer anderer Vertragsparteien (einschl. der Bundeswehr) abgehalten hat, und stellt das Feststellungsorgan fest, daß der Schaden von der (französischen) Truppe und den Truppen anderer Vertragsparteien gemeinsam verursacht worden ist oder daß als Verursacher des Schadens sowohl die (französische) Truppe als auch Truppen anderer Vertragsparteien in Betracht kommen, der Verursacher aber nicht eindeutig zu ermitteln ist, so kann das vereinfachte Verfahren nach Maßgabe der folgenden Nummern 54 bis 57 angewendet werden.

54. In den Fällen der Nummer 53 vermerkt der Vertreter der deutschen Behörde in Spalte „l“ des Formblatts 7 die Nationalität der betreffenden Truppen.

55. Der Entschädigungsbetrag ist nach Nr. 32 (ii) und (iii) aufzuteilen.

56. In einer Anlage zu Formblatt 7 ist ergänzend folgendes anzugeben:

- a) der tatsächlich ausgezahlte Gesamtbetrag;
- b) die Aufteilung des Gesamtbetrages gemäß Nr. 55;
- c) der sich daraus ergebende französische Anteil, dessen Erstattung bei dem Bureau du Contentieux beantragt wird.

Die vorgeschlagene Aufteilung ist als anerkannt anzusehen, wenn innerhalb von zwei Monaten kein Widerspruch des Bureau du Contentieux eingegangen ist.

57. Das Bureau du Contentieux sendet der deutschen Behörde sobald wie möglich eine Ausfertigung des Formblatts 7 zurück, wobei es vermerkt, daß der nach Nr. 56 c) zu erstattende Anteil zur Zahlung angewiesen worden ist.

Wiesbaden, 5. 9. 1966

Der Hessische Minister der Finanzen
IV A 4 — 3630b — 2

St.Anz. 38/1966 S. 1214

893

Verlust eines Dienstausweises

Der Dienstausweis Nr. 7 des Reg.-Bauassessor Franz Hillebrand, ausgestellt am 5. 2. 1965 vom Staatsbauamt in Fulda, ist verlorengegangen und wird hiermit für ungültig erklärt.

Fulda, 1. 9. 1966

Staatsbauamt Fulda
St.Anz. 38/1966 S. 1215

894

Zuständigkeiten bei der Einstellung, Abordnung Versetzung und Entlastung von Angestellten und Arbeitern des Landes Hessen

Aufgrund der Nr. 2 Satz 1 des Erlasses über die Vertretung des Landes Hessen in der Fassung des Änderungserlasses vom 1. Juli 1966 (St.Anz. S. 905) übertrage ich der Oberfinanzdirektion Frankfurt/Main, dem Hessischen Landesvermessungsamt und der Hauptverwaltung der Hessischen Staatsbäder die Befugnis,

1. Angestellte der Vergütungsgruppen IX bis III BAT einzustellen, in die Vergütungsgruppen einzugruppierten, ihr Arbeitsverhältnis durch Auflösungsvertrag oder Kündigung zu beenden oder sie innerhalb ihres Geschäftsbereichs abzuordnen und zu versetzen,

2. Angestellte der Vergütungsgruppen II b BAT und höher innerhalb ihres Geschäftsbereiches bis zur Dauer von drei Monaten abzuordnen, soweit es sich nicht um die Wahrnehmung von Dienstgeschäften eines Behördenleiters handelt,
3. Arbeiter aller Lohngruppen einzustellen, in die Lohngruppen einzureihen, ihr Arbeitsverhältnis durch Auflösungsvertrag oder Kündigung zu beenden oder sie innerhalb ihres Geschäftsbereiches abzuordnen und zu versetzen.

Daneben ermächtige ich die Kurdirektoren der Staatsbäder,

- a) Bedienstete, die nach der Tarifordnung für Mitglieder von Kurkapellen vergütet werden, mit Ausnahme der Kapellmeister, und
Bedienstete, die nach dem Tarifvertrag für das Hotel- und Gaststättengewerbe vergütet werden und unter die Rentenversicherung der Angestellten fallen, mit Ausnahme der Hoteldirektoren und der Geschäftsführer, einzustellen, in die Vergütungsgruppen einzugruppieren und ihr Arbeitsverhältnis durch Auflösungsvertrag oder Kündigung zu beenden,
- b) Arbeiter aller Lohngruppen einzustellen, in die Lohngruppen einzureihen und ihr Arbeitsverhältnis durch Auflösungsvertrag oder Kündigung zu beenden.

Die Direktoren der in Regie der Staatsbäder geführten Hotelbetriebe werden ermächtigt,

Bedienstete, die nach dem Tarifvertrag für das Hotel- und Gaststättengewerbe entlohnt und unter die Rentenversicherung der Arbeiter fallen, einzustellen, in die Lohngruppen

einzureihen und ihr Arbeitsverhältnis durch Auflösungsvertrag oder Kündigung zu beenden.

Meine Erlasse vom 21. November 1963 (StAnz. S. 1368) und vom 12. April 1965 (StAnz. S. 478) werden damit aufgehoben.
Wiesbaden, 26. 8. 1966

Der Hessische Minister der Finanzen
P 2000 A — 3 — I B 11
In Vertretung
gez. Dr. Krauß

StAnz. 38/1966 S. 1215

895

Vergütungstarifvertrag Nr. 5 zum Bundes-Angestelltentarifvertrag (BAT) vom 1. Juli 1966.

Bezug: Mein Erlaß vom 5. Juli 1966 — P 2102 A — 80 — I B 3 — (StAnz. S. 981).

Zur Vermeidung von Verwechslungen habe ich die nur die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) betreffenden Tabellen (Anlagen zum Vergütungstarifvertrag) dem Vergütungstarifvertrag Nr. 5 zum BAT nicht beigelegt. Ich gebe diese Tabellen (Anlagen 1 b, 2 c, 2 d und 3 b zum Vergütungstarifvertrag Nr. 5) nunmehr nachrichtlich bekannt.

Dieser Erlaß geht den obersten Dienstbehörden und den mir nachgeordneten Dienststellen nicht gesondert zu.

Wiesbaden, 2. 9. 1966

Der Hessische Minister der Finanzen
P 2101 A — 80 — I B 31

StAnz. 38/1966 S. 1216

Anlage 1 b — VKA — (Zu § 2 Abs. 1 Buchst. b des Vergütungstarifvertrages Nr. 5)

Grundvergütungen für Angestellte vom vollendeten 21. bzw. 25. Lebensjahr an
(zu § 26 BAT)

Verg.-Gr.	Anfangsgrundvergütung monatlich		Steigerungsbetrag monatlich DM	Aufrückungszulage monatlich DM	Höchstbetrag der Grundvergütung monatlich	
	ab 1. 4. 66 DM	ab 1. 10. 66 DM			ab 1. 4. 66 DM	ab 1. 10. 66 DM
I a	1 458	1 487	77	73	2 155	2 198
I b	1 300	1 326	75	66	1 974	2 013
II	1 181	1 205	63	66	1 716	1 750
III	1 031	1 052	57	49	1 549	1 580
IV a	869	886	49	49	1 412	1 440
IV b	810	826	42	45	1 196	1 220
V a	699	713	39	40	1 074	1 095
V b	699	713	39	40	1 047	1 068
V c	647	660	35	38	950	969
VI b	605	617	27	35	860	877
VII	530	541	23	29	759	774
VIII	480	490	15	25	635	648
IX	435	444	15	19	578	590
X	395	403	15	—	538	549

Anlage 2 c — VKA — (§ 2 Abs. 2 Buchst. b des Vergütungstarifvertrages Nr. 5)

Grundvergütungen für die nach Vollendung des 21. bzw. 25. Lebensjahres eingestellten Angestellten
(zu § 27 Abschn. A Abs. 3 BAT)

— gültig für die Zeit vom 1. April bis 30. September 1966 —

Verg.-Gr.	Eingangsgruppe	Grundvergütung nach Vollendung des Lebensjahres (monatlich in DM)												
		21.	23.	25.	27.	29.	31.	33.	35.	37.	39.	41.	43.	45.
I a	II			1 458	1 458	1 458	1 509	1 572	1 635	1 698	1 761	1 824	1 855	
I b	III			1 300	1 300	1 300	1 334	1 391	1 448	1 505	1 562	1 619	1 676	1 681
II	III			1 181	1 181	1 211	1 268	1 325	1 382	1 439	1 496	1 553	1 610	1 615
III	III			1 031	1 088	1 145	1 202	1 259	1 316	1 373	1 430	1 487	1 544	1 549
IV a	V b	869	869	871	910	949	988	1 027	1 066	1 105	1 141			
IV b	VI b	810	810	810	810	810	825	852	879	906	933	945		
V a/b	VI b	699	699	699	726	753	780	807	834	861	888	900		
V c	VI b	647	670	697	724	751	778	805	832	859	886	898		
VI b	VII	605	605	611	634	657	680	703	726	749	772	794		
VII	VIII	530	530	539	554	569	584	599	614	629	644	659	664	
VIII	IX	480	480	490	505	520	535	550	565	580	595	603		
IX	X	435	435	444	459	474	489	504	519	534	549	557		
X	X	395	410	425	440	455	470	485	500	515	530	538		

Anlage 2d — VKA — (§ 2 Abs. 2 Buchst. b des Vergütungstarifvertrages Nr. 5)

Grundvergütungen für die nach Vollendung des 21. bzw. 25. Lebensjahres eingestellten Angestellten
(zu § 27 Abschn. A Abs. 3 BAT)
— gültig ab 1. Oktober 1966 —

Verg.-Gr.	Ein- gangs- gruppe	Grundvergütung nach Vollendung des Lebensjahres (monatlich in DM)												
		21.	23.	25.	27.	29.	31.	33.	35.	37.	39.	41.	43.	45.
I a	II			1 487	1 487	1 487	1 533	1 596	1 659	1 722	1 785	1 848	1 889	
I b	III			1 326	1 326	1 326	1 355	1 412	1 469	1 526	1 583	1 640	1 697	1 712
II	III			1 205	1 205	1 232	1 289	1 346	1 403	1 460	1 517	1 574	1 631	1 646
III	III			1 052	1 109	1 166	1 223	1 280	1 337	1 394	1 451	1 508	1 565	1 580
IV a	V b	886	886	886	924	963	1 002	1 041	1 080	1 119	1 158	1 162		
IV b	VI b	826	826	826	826	826	837	864	891	918	945	962		
V a/b	VI b	713	713	713	738	765	792	819	846	873	900	917		
V c	VI b	660	682	709	736	763	790	817	844	871	898	915		
VI b	VII	617	617	622	645	668	691	714	737	760	783	806	809	
VII	VIII	541	541	549	564	579	594	609	624	639	654	669	677	
VIII	IX	490	490	499	514	529	544	559	574	589	604	615		
IX	X	444	444	452	467	482	497	512	527	542	557	568		
X	X	403	418	433	448	463	478	493	508	523	538	549		

Anlage 3b — VKA — (§ 2 Abs. 3 Buchst. b des Vergütungstarifvertrages Nr. 5)

Grundvergütungen für Angestellte unter 21 bzw. 25 Jahren
(zu § 28 BAT)

Verg.-Gr.	Grundvergütung vor Vollendung des 25. Lebensjahres monatlich in DM			
	ab 1. 4. 1966		ab 1. 10. 1966	
I b		1 235,—		1 259,50
II		1 122,—		1 145,—
III		979,50		999,50

Verg.-Gr.	Grundvergütung nach Vollendung des Lebensjahres monatlich in DM					
	18.		19.		20.	
	ab 1. 4. 1966	ab 1. 10. 1966	ab 1. 4. 1966	ab 1. 10. 1966	ab 1. 4. 1966	ab 1. 10. 1966
V a + V b	—,—	—,—	—,—	—,—	671,—	684,50
VI	532,50	543,—	556,50	567,50	581,—	592,50
VII	466,50	476,—	487,50	497,50	509,—	519,50
VIII	422,50	431,—	441,50	451,—	461,—	470,50
IX	383,—	390,50	400,—	408,50	417,50	426,—
X	347,50	354,50	363,50	371,—	379,—	337,—

896

Der Hessische Minister der Justiz

Anordnung zur Änderung der Anordnung über die Vertretung des Landes Hessen im Geschäftsbereich der Justizverwaltung

Die Anordnung über die Vertretung des Landes Hessen im Geschäftsbereich der Justizverwaltung vom 6. Februar 1962 (StAnz. S. 251 = JMBL. S. 28), geändert durch Anordnung vom 15. August 1962 (StAnz. S. 1179 = JMBL. S. 99), wird im Abschnitt I A wie folgt geändert:

1. In Nr. 1 werden die Worte „Verwaltungsgerichten, Arbeitsgerichten, Sozialgerichten und Finanzgerichten“ durch die Worte „Gerichten der Verwaltungsgerichtsbarkeit, den Gerichten für Arbeitssachen, den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit und den Gerichten der Finanzgerichtsbarkeit“ ersetzt.

2. Nr. 5 erhält folgende Fassung:

„5. in gerichtlichen Verfahren, die hervorgehen aus der Beitreibung auf Grund der Anordnung über die Einforderung und Beitreibung von Vermögensstrafen und Verfahrenskosten vom 15. Februar 1956 (JMBL. S. 27)

- a) durch den Oberstaatsanwalt bei dem Landgericht des Sitzes der Vollstreckungsbehörde gemäß § 3 der Anordnung,
- b) durch den Generalstaatsanwalt, wenn er Vollstreckungsbehörde ist.“

3. Nr. 7 erhält folgende Fassung:

„7. in Verfahren vor den Gerichten der Verwaltungsgerichtsbarkeit bei Rechtsstreitigkeiten auf dem Gebiete

- a) des Rechtsberatungsmißbrauchsgesetzes durch den Land(Amts)gerichtspräsidenten zu dessen Geschäftsbereich die dem Verfahren zugrundeliegende Angelegenheit gehört,
- b) der juristischen Staatsprüfungen durch den Präsidenten des Justizprüfungsamtes.“

4. In Nr. 8 wird das Wort „Arbeitsgerichten“ durch die Worte „Gerichten für Arbeitssachen“ ersetzt.

Wiesbaden, 5. 9. 1966

Der Hessische Minister für Justiz
5002/2 — II/2 — 763
StAnz. 38/1966 S. 1217

897

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr

Bau und Betrieb einer 220-kV-Hochspannungsleitung von Kelsterbach nach Rüsselsheim, Landkreis Groß-Gerau**Anordnung**

Auf Grund des § 11 des Gesetzes zur Förderung der Energiewirtschaft (Energiewirtschaftsgesetz) vom 13. Dezember 1935 (RGBl. I S. 1451) in Verbindung mit § 1 der Verordnung über die Energiewirtschaft und die Wasserversorgung vom 17. Juli 1946 (GVBl. S. 188) wird zugunsten der Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk Aktiengesellschaft, Essen, die Beschränkung oder, soweit dies nicht ausreicht, die Entziehung von Grundeigentum oder von Rechten an Grundeigentum in dem Main-Taunus-Kreis, Regierungsbezirk Wiesbaden, für den Bau und Betrieb einer 220-kV-Hochspannungsfreileitung von Kelsterbach nach Rüsselsheim, Land Groß-Gerau, im Wege der Enteignung für zulässig erklärt.

Für die Enteignung von Grundeigentum des Staates und von Rechten des Staates an Grundeigentum bedarf es einer besonderen Anordnung.

Auf das Verfahren findet das preußische Gesetz über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren vom 26. Oktober 1922 (GS, S. 211) Anwendung.

Die Befugnis zur Durchführung der Enteignung erlischt, wenn der Antrag auf Einleitung des Planfeststellungsverfahrens nicht bis zum 31. August 1967 gestellt worden ist.

Wiesbaden, 30. 8. 1966

**Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Verkehr**
II c 1 — 215 E — 168
In Vertretung
gez. Dr. Lutz
StAnz. 38/1966 S. 1218

898

Bau und Betrieb einer Hochdruck-Gasfernleitung von Hohen-eiche, Landkreis Eschwege, nach Göttingen

Anordnung zur Änderung der Anordnung vom 26. August 1965 (StAnz. S. 1077)

Gemäß § 11 des Gesetzes zur Förderung der Energiewirtschaft (Energiewirtschaftsgesetz) vom 13. Dezember 1935 (RGBl. I S. 1451) in Verbindung mit § 1 der Verordnung über die Energiewirtschaft und die Wasserversorgung vom 17. Juli 1946 (GVBl. S. 188) wird die zugunsten der Gas-Union Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt (Main), ergangene Anordnung zur Feststellung der Zulässigkeit der Enteignung vom 26. August 1965 — II c 1 — 215 G — 155 — dahin geändert, daß die Befugnis zur Durchführung der Enteignung erlischt, wenn der Antrag auf Einleitung des Planfeststellungsverfahrens nicht bis zum 31. August 1967 gestellt worden ist.

Wiesbaden, 30. 8. 1966

**Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Verkehr**
II c 1 — 215 G — 155
In Vertretung
gez. Dr. Lutz
StAnz. 38/1966 S. 1218

899

Aufstufung einer Gemeindestraße zur Teilstrecke der Kreisstraße 663 in Wiesbaden-Erbenheim, Stadtkreis Wiesbaden, Regierungsbezirk Wiesbaden

Der in der Ortslage Wiesbaden-Erbenheim gelegene Straßenzug, bestehend aus den Gemeindestraßen Hintergasse, Wäschbach-, Barbarossa- und Wandersmannstraße einschließlich dem anschließenden Gemeindegeweg in Richtung Nordenstadt von km 0,003 (= km 10,770 der P. 455) bis km 2,114 = 2,111 km hat die Verkehrsbedeutung einer Kreisstraße erlangt (§ 3 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes (HStrG) vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —). Er wird mit Wirkung vom 1. 1. 1967 in die Gruppe der Kreisstraßen aufgestuft und als Teilstrecke der Kreisstraße 663 in das Verzeichnis der Kreisstraßen eingetragen (§ 3 Abs. 3 HStrG).

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Wiesbaden, Luisenplatz 5, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft

und Verkehr) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 1. 9. 1966

**Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Verkehr**
III b 3 — Az.: 63 a 30
StAnz. 38/1966 S. 1218

900

Aufstufung von Gemeindegewegen zu Kreisstraßen im Landkreis Waldeck, Regierungsbezirk Kassel

1a) Der Gemeindeverbindungsweg von Orpethal über Gut Billinghamen bis zur Landesgrenze von km 19,439 (= 19,436 der L 3438) bis km 20,616 (= Landesgrenze Nordrhein-Westfalen) = 1,177 km und b) der Gemeindeverbindungsweg von Welleringhausen bis zur Landesgrenze in Richtung Dudinghausen von km 35,317 (= km 35,314 der K 61) bis km 36,153 (= Landesgrenze Nordrhein-Westfalen) = 0,836 km im Landkreis Waldeck, Regierungsbezirk Kassel, haben die Verkehrsbedeutung einer Kreisstraße erlangt (§ 3 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes (HStrG) vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —). Sie verlieren mit Ablauf des 31. 12. 1966 die Eigenschaft einer Gemeindestraße und werden mit Wirkung vom 1. 1. 1967 in die Gruppe der Kreisstraßen aufgestuft.

Die unter 1a) genannte Strecke wird als Kreisstraße 91 und die unter 1b) genannte Strecke wird als Kreisstraße 18 in das Verzeichnis der Kreisstraßen eingetragen (§ 3 Abs. 3 und § 5 HStrG).

Die Straßenbaulast für die aufgestuften Straßen geht zum gleichen Zeitpunkt auf den Landkreis Waldeck über (§ 41 Abs. 2 HStrG).

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Kassel, Brüder-Grimm-Platz 1, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Verkehr) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 1. 9. 1966

**Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Verkehr**
III b 3 — Az.: 63 a 30
StAnz. 38/1966 S. 1218

901

Wirtschaftsprüferordnung

Auf Grund des § 42 des Gesetzes über eine Berufsordnung der Wirtschaftsprüfer (Wirtschaftsprüferordnung) vom 24. 7. 1961 (BGBl. I S. 1049) wird bekanntgemacht:

Folgende öffentliche Bestellungen sind erloschen:

1. Wirtschaftsprüfer Dipl.-Kfm. Ottokar Breycha, Wiesbaden, durch Verzicht am 27. Juni 1966,
2. Wirtschaftsprüfer Dr. Wilhelm Geisler, Bensheim-Auerbach, durch Verzicht am 14. Juli 1966,
3. Wirtschaftsprüfer Dr. Helmuth Schultheis, Bad Wildungen, durch Tod am 15. Mai 1966.

Wiesbaden, 31. 8. 1966

**Der Hessische Minister
für Wirtschaft und Verkehr**
II c 2/WP — 010
StAnz. 38/1966 S. 1218

902

Verlust eines Dienstausweises

Der vom Direktor des Hessischen Landesamts für Bodenforschung in Wiesbaden am 1. 7. 1960 für den technischen Angestellten Helmut Wesner ausgestellte Dienstausweis Nr. 55 ist in Verlust geraten und wird hiermit für ungültig erklärt.

Wiesbaden, 25. 8. 1966

Hessisches Landesamt für Bodenforschung
— V 4 — 16 — 1880/66 —
StAnz. 38/1966 S. 1218

903

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten

An die
Herren Regierungspräsidenten
Darmstadt, Kassel, Wiesbaden
an den
Herrn Präsidenten
des Landeskulturamtes
Wiesbaden

Übertragung der Befugnis der Einleitungsbehörde nach § 31 HDO

In Abänderung meines Erlasses vom 2. 4. 1962 — I b — 82 02 — Tgb. Nr. 572/62 — übertrage ich auf Grund des § 31 Abs. 1 der Hessischen Disziplinarordnung vom 21. 3. 1962 (GVBl. S. 145) mit sofortiger Wirkung die mir zustehende Befugnis der Einleitungsbehörde für das förmliche Disziplinarverfahren für die Beamten bis einschließlich der Besoldungsgruppe A 15 und für sämtliche Ruhestandsbeamten

1. den Regierungspräsidenten in Darmstadt, Kassel und Wiesbaden für den Bereich der Forstverwaltung, der Wasserwirtschaftsverwaltung, der Domänenverwaltung, der Fischereiverwaltung, der Verwaltung der Staatsweingüter und der Reblausbekämpfung;
2. dem Landeskulturamt in Wiesbaden für den Bereich der Landeskulturverwaltung.

Anhängige Verfahren gehen in der Lage, in der sie sich befinden, auf die nach diesem Erlaß zuständigen Behörden über.
Wiesbaden, 16. 8. 1966

Der Hessische Minister
für Landwirtschaft und Forsten
IB2 — 8 2 — Tgb. Nr. 1650/66
In Vertretung
gez. Dr. Dr. h. c. Tröscher
StAnz. 38/1966 S. 1219

904

Flurbereinigung Geisenheim, Rheingaukreis

Flurbereinigungsbeschluss

Auf Grund des § 4 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG.) vom 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 591) wird folgender Beschluss erlassen:

1. Die Flurbereinigung der Grundstücke eines Teiles der Gemarkung Geisenheim/Rheingau, wird hiermit angeordnet.

2. Als Flurbereinigungsgebiet werden die aus der Anlage I zu diesem Beschluss ersichtlichen Flurstücke festgestellt. Es hat eine Größe von rd. 620 ha, worin eine Waldfläche von rd. 20 ha enthalten ist. Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der Gebietskarte, die einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, durch einen orange Farbstreifen kenntlich gemacht.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen: „Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung von Geisenheim/Rheingau“, mit dem Sitz in Geisenheim/Rheingau. Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG. aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Kulturamt in Wiesbaden, Schützenhofstraße 3, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen. Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte, dem gegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 bzw. nach § 85/5 FlurbG. ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Kulturamtes erforderlich: a) Wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören; b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt,

wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen; c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden; d) wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen. Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Kulturamt kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG. wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist. Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Kulturamt Ersatzpflanzungen anordnen. Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Kulturamt anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger veröffentlicht und in der Gemeinde Geisenheim und den Nachbargemeinden Rüdesheim, Presberg, Espenschied, Stephanshausen, Johannisberg, öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluss mit Begründung und der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei dem Bürgermeister in Geisenheim und in den o. a. Nachbargemeinden zwei Wochen lang ausgelegt.

Rechtsmittelbelehrung: Gegen diesen Beschluss kann binnen 2 Wochen Widerspruch beim Landeskulturamt in Wiesbaden, Parkstraße 44, als Obere Flurbereinigungsbehörde erhoben werden. Der Lauf der Frist beginnt am 1. Tage der öffentlichen Bekanntmachung. Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt zu erklären.

Wiesbaden, 17. 8. 1966

Landeskulturamt
WF 384 — Geisenheim — 24544/66
StAnz. 38/1966 S. 1219

Anlage I

Zusammenstellung des Verfahrensgebietes im Flurbereinigungsverfahren Geisenheim/Rheingau.

Gemarkung Geisenheim

Flur 1 mit Ausnahme der Grundstücke: 28, 76/1, 77, 93/80 tlw., 94/80, 95/80, 96/80, 97/80, 98/80, 99/80, 100/80 101/80 und 103/25;

Flur 3 mit Ausnahme der Grundstücke: 1/1, 3/1, 4/1, 5, 6/1, 48 tlw., 75/49 tlw.;

Flur 4 und 5 sämtliche Grundstücke;

Flur 6 mit Ausnahme der Grundstücke 20/2, 21a, 109, 139/22, 140/22, 141/23, 142/23, 112 tlw., 113 tlw., 20/3, 20/4, 20/5, 20/6, 20/7, 20/8, 20/9;

Flur 7 und 8 sämtliche Grundstücke;

Flur 9 mit Ausnahme der Grundstücke: 248/99, 250/100, 152/101, 102, 103, 172/4, 173/4, 105/1, 105/2, 105/3, 105/4, 105/5, 106/3, 106/5, 106/6, 106/7, 106/8, 106/17, 106/18, 106/21, 106/22, 106/23, 106/24, 106/25, 107/1, 107/2, 107/3, 189/110, 111/1, 111/2, 233/111, 237/112, 234/112, 113/2, 116/6, 116/7, 116/10, 116/13, 116/14, 116/15, 116/16, 116/17, 117/9, 117/10, 118/1, 118/22, 118/25, 118/26, 118/27, 118/28, 118/29, 118/30, 119/13, 119/14, 119/15, 119/16, 119/17, 119/18, 119/19, 123/8, 123/16, 123/20, 123/21, 123/22, 123/23, 123/24, 124/10, 124/11, 125/4, 125/5, 125/6, 125/15, 125/16, 125/17, 125/18, 125/19, 125/20, 128/1, 128/2, 128/3, 128/4, 128/5, 129/1, 130/1, 130/2, 130/3, 199/130, 202/130, 203/130, 131, 133/1, 134/1, 134/2, 134/3, 134/4, 134/5, 134/6, 135/2, 135/3, 136/7, 136/11, 136/12, 136/13, 136/14, 136/15, 137/2, 137/3, 137/4, 137/5, 137/6, 137/7, 137/9, 245/137, 153/138, 154/139, 155/140, 251/140, 252/140, 253/145, 270/145, 765/234, 766/234;

Flur 10 und 11 sämtliche Grundstücke

Flur 12: 1—5, 289/6, 7—11, 12/1, 291/12, 298/13, 199/13, 293/218, 14, 355/21, 356/22, 359/25, 26/1, 26/2, 26/3, 26/4, 30/1, 30/2, 31/2, 31/3, 31/4, 31/5, 31/6, 33, 34, 35/3, 37/1, 38 bis 44, 46, 47, 221/48, 48/1, 48/2, 48/3, 48/4, 49 bis 53, 54/1, 55/2, 307/57, 308/57, 59/3, 369/60, 370/60, 316/61, 346/62, 347/64,

348/65, 266/66, 67/1, 67/2, 68/1, 68/2, 69 bis 72, 287/73, 77, 267/78, 268/78, 79, 82, 85, 325/86, 326/86, 87/1, 87/2, 88/1, 88/2, 88/3, 89/1, 89/2, 90 bis 106, 279/107, 280/107, 281/107, 108 bis 111, 112/1, 112/6, 112/10, 112/11, 112/12, 116/1, 117/1, 118/1, 119/1, 120/1, 121/1, 124/1, 125/4, 126/4, 127/1, 128/1, 129/1, 132/4, 133/1, 134 bis 138, 139/1, 139/2, 140/1, 141/1, 141/4, 149/5, 149/6, 212/9, 212/10, 212/14 tlw., 214/2, 215, 217, 338/218, 219;

Flur 13: 233/4, 234/6, 43/7, 45/3, 46/1, 47/4, 47/5, 48/4, 48/6, 48/7, 49/1, 50/4, 50/5, 51/2, 51/3, 52/1, 53 bis 55, 56/1, 57/4, 58/1, 59/1, 59/4;

Flur 16: 1, 225/7, 206/8, 9/1, 10, 11, 12, 232/13, 16/1, 16/2, 240/16, 17/1, 17/2, 18/3, 134 tlw., 135 tlw.;

Flur 21: 32/1;

Flur 22: 335/1, 341/1, 4/2, 4/3, 4/4, 4/5, 4/6, 4/7, 4/8, 4/9, 4/10, 336/6, 361/11, 12/1, 315/13, 316/14, 317/15, 16/1, 16/2, 319/17, 320/18, 19, 321/20, 322/21, 22, 239/23, 323/24, 314/24, 273/25, 248/29, 243/31, 362/32, 363/33, 364/34, 148/35, 218/37, 365/37, 366/37, 45/1, 45/2, 45/3, 324/45, 325/46, 326/47, 327/48, 328/49, 329/50, 330/51, 331/52, 332/53, 256/54, 258/55, 137/56, 57/1, 57/2, 178/57, 190/57, 191/57, 192/57, 193/57, 307/71, 359/0.71, 360/0.71, 262/124, 293/125, 295/a.125, 334/125, 339/125, 340/125, 342/0.125, 293/125, 126;

Flur 24: 469/1, 1/2, 1/3, 471/2, 467/3, 468/3, 4, 5, 175/6, 176/6, 177/6, 178/6, 179/6, 180/6, 181/6, 190/6, 193/7, 194/8, 10/1, 10/2, 476/11, 477/11, 479/11, 475/12, 478/12, 13, 14, 422/15, 16/1, 16/2, 16/3, 16/4, 16/5, 16/6, 16/7, 16/8, 16/9, 16/10, 16/11, 16/12, 16/13, 16/14, 16/15, 17/1, 17/2, 17/3, 441/18, 442/18, 455/18, 456/18, 443/19, 454/19, 444/20, 457/21, 458/21, 460/21, 446/22, 472/22, 447/23, 473/23, 448/24, 474/24, 25/1, 25/2, 25/3, 25/4, 31, 32, 37/1, 37/2, 425/38, 438/38, 372/38, 201/39, 205/43, 214/44, 45, 46, 47, 216/48, 218/49, 220/50, 222/51, 224/52, 226/53, 228/54, 230/55, 232/56, 234/57, 236/58, 238/59, 240/60, 61/1, 61/2, 254/145, 146, 147/1, 147/2, 147/3, 147/4, 147/5, 147/6, 147/7, 147/8, 148/1, 148/2;

Flur 25 sämtliche Grundstücke;

Flur 26: 1/2, 5/1, 5/2, 5/3, 5/4, 5/5, 5/6, 5/7, 7/1, 8, 9/1, 9/2, 13 bis 16, 284/17, 285/17, 287/18, 298/18, 288/19, 289/19, 291/19, 296/19, 297/19, 299/19, 300/19, 281/20, 282/20, 283/20, 286/20, 290/20, 292/20, 293/20, 295/20, 301/20, 304/20, 21 bis 26, 223/27, 303/28, 305/28, 224/29, 30, 273/0.31, 274/31, 275/32, 33, 34, 35, 294/36, 302/36, 37 bis 41, 42/1, 42/2, 43/1, 43/2, 45, 122/46, 58, 59/1, 59/2, 59/3, 67/3, 67/4, 67/9, 67/10, 67/11, 67/12, 67/14, 67/15, 67/16, 72/3, 73/3, 73/4, 73/5, 74/6, 74/7, 76/4, 76/5, 79/2, 79/3, 80/2, 80/3, 80/4, 82/4, 82/5, 82/7, 83/2, 85/1, 87/1, 89/5, 90/4, 91/4, 93/3, 94/2, 109/1 tlw., 112/2, 112/3, 112/4, 112/5, 112/6, 112/7, 112/8, 112/9, 113, 114, 115/2, 115/3, 259/116;

Flur 27: 1 bis 8, 199/9, 200/9, 10 bis 16, 17/7, 17/12, 18/1, 19/1, 19/2, 20/1, 21/1, 21/9, 22/1, 22/10, 23/1, 23/3, 24/3, 24/4, 24/5, 25/1, 25/3, 26/1, 27/1, 29/1, 30/1, 30/2, 30/4, 186/30, 31/8, 31/9, 31/10, 217/90, 91, 92/1, 93/1, 94, 95, 231/96, 232/96, 97/1, 97/2, 98 bis 112, 165/113, 166/113, 114 bis 116, 218/117, 219/117, 221/118, 227/118, 228/118, 119 bis 127, 278/128, 280/128, 279/130, 281/130, 282/131, 283/130, 284/131, 274/132, 275/133, 135/1, 135/2, 136/1, 136/2, 137 bis 142, 169/143, 170/143, 144, 145/1, 145/2, 146, 147, 149/1, 150/1, 151/1, 151/2, 152/1, 152/2, 153/1, 153/2, 154 bis 158, 159/1, 159/2, 160/1, 161/1 tlw., 163/2 tlw., 164;

Flur 28 mit Ausnahme der Grundstücke 16/2, 16/3, 16/4, 16/5, 16/6, 16/7, 16/8, 16/9, 16/10, 16/11, 17/6, 17/7, 17/8, 266/17, 19/1, 19/2, 19/3, 19/4, 20/1, 20/2, 20/3, 20/7, 206.

Flur 29, 30 31 und 40 sämtliche Grundstücke.

Regierungspräsidenten

905 WIESBADEN

Einrichtung eines Wohnplatzes in der Gemeinde Bruchköbel, Landkreis Hanau

Auf Grund des § 12 der Hessischen Gemeindeordnung vom 25. Februar 1952 in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) wird mit Wirkung vom 1. September 1966 in der Gemeinde Bruchköbel (Landkreis Hanau) der Wohnplatz „An der Landwehr“ eingerichtet.

Wiesbaden, 1. 9. 1966

Der Regierungspräsident

I 2 a — 1 — 3 k 06 05 — 793/66
StAnz. 38/1966 S. 1220

906

Aufhebung von Wohnplätzen in der Gemeinde Wernborn, Landkreis Usingen

Auf Grund des § 12 der Hessischen Gemeindeordnung vom 25. Februar 1952 in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) werden mit Wirkung vom 1. September 1966 in der Gemeinde Wernborn (Landkreis Usingen) die Wohnplätze „Haus Greuling“ und „Schlossermühle“ aufgehoben.

Wiesbaden, 1. 9. 1966

Der Regierungspräsident

I 2 a — 1 — 3 k 06 05 — 808/66
StAnz. 38/1966 S. 1220

907

Einrichtung und Aufhebung von Wohnplätzen in der Gemeinde Anspach, Landkreis Usingen

Auf Grund des § 12 der Hessischen Gemeindeordnung vom 25. Februar 1952 in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) werden in der Gemeinde Anspach (Landkreis Usingen) mit Wirkung vom 1. September 1966 die Wohnplätze „Lindenhof“, „Birkenhof“, „Erlenhof“, „Hubertushof“ und „Tannenhof“ eingerichtet.

Gleichzeitig wird der Wohnplatz „Bahnhof“ aufgehoben.
Wiesbaden, 1. 9. 1966

Der Regierungspräsident

I 2 a — 1 — 3 k 06 05 — 795/66
StAnz. 38/1966 S. 1220

Personalnachrichten

908

Es sind

C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern

b) Regierungspräsident in Darmstadt

ernannt

zu **Regierungsauräten** zur Anstellung (BaP) die Angestellten Dipl.-Ing. Fritz Rappold (15. 7. 1966), Dipl.-Ing. Erwin Schreiber (15. 7. 1966), Hess. Landesprüfstelle für Baustatik;

zum **Regierungsamtmann** Regierungsoberinspektor (BaL) Wilhelm Walther (8. 7. 1966), LA. Erbach;

zum **Regierungsoberinspektor** Regierungsinpektor Hans-Joachim Dumschat (8. 7. 1966);

zum **Regierungsinspektor** Stadtobersekretär (BaL) Erich Jochum (1. 7. 1966);

zum **Regierungsinspektoranwalt** (BaW) Bewerber Kurt Wallrabenstein (1. 7. 1966);

zum **Regierungshauptsekretär** Regierungsobersekretär (BaL) Karl Ludwig Palmy (18. 7. 1966);

zum **Regierungssekretär** zur Anstellung (BaP) Angestellter Georg Mink (1. 7. 1966), LA Bergstraße;

zu **Hauptamtsgehilfen** die Oberamtsgehilfen (BaL) Georg Becker (4. 8. 1966), Georg Breitwieser (4. 8. 1966), Karl Müller (4. 8. 1966);

Darmstadt, 23. 8. 1966

Der Regierungspräsident

P 2 — 7 1 02/07 (E)
StAnz. 38/1966 S. 1220

E. im Bereich des Hessischen Ministers der Justiz

a) Ministerium

in den Ruhestand getreten (nach Erreichen der Altersgrenze)

Regierungsamtmann Wilhelm Betz (1. 9. 1966).

Wiesbaden, 6. 9. 1966

Der Hessische Minister der Justiz

ZB pers. B 10
StAnz. 38/1966 S. 1220

ernannt

Erster Staatsanwalt Heinz Haueisen b.d. StA b.d. LG Frankfurt am Main

zum **Oberstaatsanwalt** (Behördenleiter) b.d. StA b.d. LG Hanau am Main (22. 7. 1966 — BaL).

Wiesbaden, 2. 9. 1966

Der Hessische Minister der Justiz

StAnz. 38/1966 S. 1220

Öffentlicher Anzeiger

ZUM „STAATS-ANZEIGER
FÜR DAS LAND HESSEN“

1966

Montag, den 19. September 1966

Nr. 38

Gerichtsangelegenheiten

2845

Erlaubnis zur Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten

B 98: Dem Herrn Carl Bennewitz in Fulda, Beethovenstraße 27, ist von mir am 5. August 1966 für Fulda die Erlaubnis zur geschäftsmäßigen Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten einschließlich der Rechtsberatung, unter Beschränkung auf das Gebiet der gesetzlichen Rentenversicherung, erteilt worden.

64 Fulda, 2. 9. 1966

Der Landgerichtspräsident

2846

Aufgebote

5 F 3/66 — **Ausschlussurteil:** Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch von Ostheim, Band 27, Blatt 1313, in Abteilung III, Nr. 1, für die Kreissparkasse Friedberg/Hessen eingetragene Grundschuld über 2000,— Goldmark nebst 6% Zinsen, ist kraftlos (Urteil vom 30. 8. 1966).

6308 Butzbach, 30. 8. 1966

Amtsgericht

2847

3 F 3/66 — **Aufgebot:** Die Witwe Katharina Wege, geb. Schaub, in Niederweidbach, Krs. Biedenkopf, vertreten durch Rechtsanwalt O. W. Schneider, in Gladenbach, hat beantragt, den Eigentümer des Grundstücks,

Gemarkung Niederweidbach, Flur 13, Flurstück 24, Ackerland, am Bustenrod, Größe 2,88 Ar,

eingetragen im Grundbuch von Niederweidbach, Blatt 478,

Arbeiter Georg Schäfer II, Fort Wayne, Indiana (USA), zum Zwecke der Ausschließung seiner Rechte, aufzubieten.

Es ergeht an den Eigentümer und etwaige Berechtigte die Aufforderung, spätestens in dem auf den 22. Dezember 1966, um 12.00 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebots-termin ihre Rechte an dem Grundstück anzumelden, widrigenfalls ihre Ausschließung erfolgen wird.

3568 Gladenbach, 2. 9. 1966

Amtsgericht

2848

2 F 3/66 — **Aufgebot:** Die Grundstückseigentümer Georg Karl Andreas Meyer und Lieselotte Hölzel, geb. Meyer, beide in Goddelau, Bahnhofstraße 6, haben das Aufgebot des in Verlust geratenen Hypothekenbriefes über die im Grundbuch von Goddelau, Band 16, Blatt 969, in Abt. III, Nr. 2, zugunsten der Hessischen Landesbank-Staatsbank Darmstadt eingetragenen Hypothek über 2700,— DM RM somit Zinsen und Nebenleistungen beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 18. 1. 1967, um 9.00 Uhr, vor dem unterzeich-

neten Gericht, Oppenheimer Straße 4, anberaumten Aufgebots-termin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

608 Groß-Gerau, 6. 9. 1966

Amtsgericht

2849

F 1/66 — **Kraftloserklärung:** Der Grundschuldbrief vom 20. August 1958 über die im Grundbuch von Röllshausen, Blatt 461, in Abt. III, Nr. 1, für die Raiffeisenkasse Röllshausen eGmbH. eingetragene Grundschuld über 2500,— Deutsche Mark wird für kraftlos erklärt (Urteil v. 16. 8. 1966).

3579 Neukirchen, Krs. Ziegenhain,

7. 9. 1966

Amtsgericht

2850 Güterrechtsregister

Neueintragung

GR 834 — 7. 9. 1966: Helmut Hermann Karl Schwab, kaufmännischer Angestellter, und Ehefrau Antonie Marie Anna, geb. Grusemann, beide in Alsbach.

Durch Vertrag vom 14. März 1966 ist Gütertrennung vereinbart.

614 Bensheim, 7. 9. 1966

Amtsgericht

2851

Neueintragung

GR 287 — 7. September 1966: Die Eheleute: Forstwirt Wilhelm Behrend und Edith Behrend, geb. Schaffel, in Breidenstein, haben durch Ehevertrag vom 25. Juli 1966 den gesetzlichen Güterstand ausgeschlossen; dadurch ist Gütertrennung eingetreten.

356 Biedenkopf, 7. 9. 1966

Amtsgericht

2852

Neueintragung

GR 286 — 7. September 1966: Die Eheleute: Straßenbauunternehmer Richard Reuter und Emma Henriette Reuter, geb. Michel, in Biedenkopf, haben durch Ehevertrag vom 11. Juni 1966 den gesetzlichen Güterstand der Zugewinnngemeinschaft aufgehoben; dadurch ist Gütertrennung eingetreten.

356 Biedenkopf, 7. 9. 1966

Amtsgericht

2853

Neueintragung

GR 51 — 5. September 1966: Reiß, Cyriakus, Maurermeister, und Anna, geb. Bübl, Wolfershausen.

Durch Vertrag vom 19. Juli 1966 ist Gütertrennung vereinbart.

3582 Felsberg, 7. 9. 1966

Amtsgericht Melsungen
Zweigstelle Felsberg

2854

Neueintragung

GR 52 — 5. September 1966: Schützenmeister, Herbert, Feinmechaniker, und Veronika, geb. Reiß, Wolfershausen.

Durch Vertrag vom 19. Juli 1966 ist Gütertrennung vereinbart.

3582 Felsberg, 7. 9. 1966

Amtsgericht Melsungen
Zweigstelle Felsberg

2855

GR 414 — 2. 9. 1966: Eheleute Gottfried Röhner, Fabrikant, und Helene, geb. Marek, Froschhausen, An der Autobahn.

Durch Erklärung vom 21. Mai 1940 besteht Gütertrennung.

6453 Seligenstadt, 5. 9. 1966

Amtsgericht

2856

GR 415 — 2. 9. 1966: Eheleute: Gerhard Kronenberger, Maschinenschlosser, und Thea, geb. Collet, Seligenstadt, Zellhäuser Straße 42.

Durch Erklärung vom 15. Juli 1966 besteht Gütertrennung.

6453 Seligenstadt, 5. 9. 1966

Amtsgericht

2857

GR 416 — 2. 9. 1966: Eheleute: Rudolf Freudenthal, Feintäschner, und Ute, geb. Geisel, Weiskirchen, Schillerstraße 14.

Durch Erklärung vom 10. Mai 1966 besteht Gütertrennung.

6453 Seligenstadt, 5. 9. 1966

Amtsgericht

2858

GR 417 — 2. 9. 1966: Eheleute: Hans Walter Spiess, Kaufmann, und Ursula Ingeborg, geb. Sturm, Jügesheim, Mühlstraße 100.

Durch Erklärung vom 1. Juli 1966 besteht Gütertrennung.

6453 Seligenstadt, 5. 9. 1966

Amtsgericht

2859

3 GR 335: Kremer, Peter, Handelsvertreter, und dessen Ehefrau Frieda, geb. Köhler, in Witzenhausen.

Durch notariellen Vertrag vom 13. Juli 1966 ist Gütertrennung vereinbart.

343 Witzenhausen, 3. 8. 1966

Amtsgericht

2860 Vereinsregister

VR 51: Fußballsportverein 1950 Thalau, in Thalau.

6412 Gersfeld, 8. 9. 1966

Amtsgericht Fulda
Zweigstelle Gersfeld

2861

41 VR 276 — 2. 9. 1966: Peter Wilhelm Günther - Unterstützungseinrichtung, eingetragener Verein; Sitz: Hanau (Main).

645 Hanau (Main), 8. 9. 1966

Amtsgericht, Abt. 41

2862

VR 195 — 6. 9. 1966: Rasse- und Ziergeflügelzuchtverein Oberbrechen 1961; Sitz: Oberbrechen.

625 Limburg, 6. 9. 1966

Amtsgericht

2863

Neueintragung

VR 74: Deutsch-Canadischer-Freundschafts-Club e. V.; Sitz: Hochheim (Main).

6203 Hochheim (Main), 8. 8. 1966

Amtsgericht

2864

41 VR 277 — 2. 9. 1966: Gesellschaft für Wirtschaftskunde, Verein zur Förderung der Ausbildung und Weiterbildung Jugendlicher und Erwachsener, eingetragener Verein, Sitz: Hanau (Main).

645 Haunau, 9. 9. 1966

Amtsgericht, Abt. 41

2865**Neueintragungen**

3 VR 125: In das Vereinsregister wurde eingetragen: 3 VR 125 Burgverein Reichenbach e. V., in Hess.-Lichtenau.

343 Witzenhausen, 1. 8. 1966 **Amtsgericht**

2866 Vergleiche — Konkurse

N 6/66 — **Konkursverfahren:** Über das Vermögen des Tuchfabrikanten Gottfried Lesche, Petersberg, Krs. Hersfeld, Inhaber der eingetragenen Firma Gottfried Lesche, Bad Hersfeld, wird heute, am 5. September 1966, um 13.20 Uhr, Konkurs eröffnet, da der Schuldner dies wegen Zahlungsunfähigkeit beantragt hat.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Gammel, Bad Hersfeld, Breitenstraße 37.

Konkursforderungen sind bis zum 27. September 1966 beim Gericht anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: 5. Oktober 1966, um 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Bad Hersfeld, Dudenstraße Nr. 10, 1. Stockwerk, Zimmer Nr. 13.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 22. September 1966 anzeigen.

643 Bad Hersfeld, 5. 9. 1966

Amtsgericht

2867

VN 1/66 — **Vergleichsverfahren:** Der Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens über das Vermögen des Geschäftsführers Jakob Bernhardt in Dautphe und des Ingenieurs Alfred Reuter in Wilhelmshütte, beide persönlich haftende Gesellschafter der Firma „Eisengießerei Dautphe, Grebe & Reuter KG.“ ist zurückgenommen. Die am 5. August 1966 angeordneten Verfügungsbeschränkungen werden hinsichtlich des Vermögens der persönlich haftenden Gesellschafter aufgehoben.

Das Amt des vorläufigen Vergleichsverwalters ist hinsichtlich des Vermögens der persönlich haftenden Gesellschafter beendet.

356 Biedenkopf, 7. 9. 1966

Amtsgericht

2868

40 N 126/1966 — **Anschlußkonkursverfahren:** Der Antrag des Kaufmanns Volkert Böse, Alleininhaber der Firma Gebr. Böse, In- und Ausland-Spedition, Bremen, Duckwitzstr. 59, mit Zweigniederlassungen in Hamburg, Hannover, München, Stuttgart, Essen, Frankfurt a. M., Nürnberg und Memmingen, vertreten

durch die RAe. Dr. Meyer-Schwarting etc. in Bremen, über sein Vermögen das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses zu eröffnen, wird abgelehnt, weil der Vergleichsvorschlag der Vermögenslage des Schuldners nicht entspricht, und der Vergleich somit nicht erfüllbar ist. Zugleich wird gemäß §§ 19, 102 der Vergleichsordnung heute, am 7. September 1966, um 11.30 Uhr, das Anschlußkonkursverfahren über das Vermögen des Antragstellers eröffnet.

Der Rechtsanwalt D. von Wahl, Bremen, Sögestr. 46, wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 1. November 1966 bei dem Gericht anzumelden.

Es wird zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses — auf den 28. September 1966, um 9.00 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf den 30. November 1966, um 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Bremen, Gerichtshaus-Neubau, Ostertorstr. 25/29, Zimmer Nr. 232, Termin anberaumt.

Allen Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitz der Sache und von den Forderungen, für die sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 1. November 1966 Anzeige zu machen.

28 Bremen, 7. 9. 1966

Amtsgericht

2869**Beschluß**

61 VN 5/66: Der durch Beschluß vom 2. 9. 1966 gem. § 11 Vergl. O. bis zur Entscheidung über die Eröffnung des Vergleichsverfahrens über das Vermögen des Einzelhandelskaufmanns Heinz Hecht, Darmstadt, Alter Griesheimer Weg 201, eingesetzte vorläufige Vergleichsverwalter Rechtsanwalt Karl Schafft, Darmstadt, Im Geißensee 10, wird nach § 15 Abs. 2 Vergl. O. abberufen, nachdem der Schuldner seinen Antrag vom 1. 9. 1966 auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens über sein Vermögen zurückgenommen hat.

Das Amt des vorläufigen Verwalters endet damit. Das durch Beschluß vom 2. 9. 1966 erlassene allgemeine Veräußerungsverbot wird ebenfalls gem. § 15 Abs. 2 Vergl. O. aufgehoben.

61 Darmstadt, 7. 9. 1966

Amtsgericht, Abt. 61

2870

61 N 52/66 — **Konkursverfahren:** Über das Vermögen des Einzelhandelskaufmanns Heinz Hecht, Darmstadt, Alter Griesheimer Weg 201, wird heute, am 7. September 1966, um 11.00 Uhr Konkurs eröffnet, da der Schuldner Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens gestellt hat und da er nach seinem Zugeständnis seine Zahlungen wegen Zahlungsunfähigkeit eingestellt hat.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Karl Schafft, Darmstadt, Im Geißensee 10; Tel.: 7 32 71.

Konkursforderungen sind bis zum 10. Oktober 1966 beim Gericht in doppelter Ausfertigung anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände: Donnerstag, den 20. Oktober 1966, um 14.00 Uhr, und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: Donnerstag, den 20. Oktober 1966, um 14.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Darmstadt, Mathildensplatz 12, Saal 418, Erdgeschoß.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 10. Oktober 1966 anzeigen.

61 Darmstadt, 7. 9. 1966

Amtsgericht, Abt. 61

2871

N 15/66 — **Anschlußkonkurs:** Nach Einstellung des Vergleichsverfahrens VN 1/66 ist über das Vermögen des Steinmetzmeisters Ernst Ludwig Fäth, Dieburg, Groß-Umstädter Straße 20, am 10. September 1966, 0.00 Uhr, der Anschlußkonkurs wirksam geworden.

Konkursverwalter: Karl Polkin, 605 Offenbach (Main) 4, Frankfurter Straße 61.
Erste Gläubigerversammlung: 5. Oktober 1966.

Prüfungstermin: 28. Oktober 1966, beide 10.00 Uhr, Zimmer 12, des Amtsgerichts Dieburg.

Anmeldung der Konkursforderungen zweifach bis 5. 10. 1966

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 5. 10. 1966.

611 Dieburg, 12. 9. 1966

Amtsgericht

2872

3 VN 1/66 — **Vergleichsverfahren:** Die Kauffrau Gertrud Brauns, Spangenberg, Teichberg 467, als Inhaberin der Firma Gertrud Brauns, Ficktegroßhandlung, Eschwege, hat durch einen am 12. September 1966 eingegangenen Antrag die Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses über ihr Vermögen beantragt.

Gemäß § 11 der Vergleichsordnung wird bis zur Entscheidung über die Eröffnung des Vergleichsverfahrens der Steuerbevollmächtigte Rolf Herrmann, Wanfried, Steinweg 3a, zum vorläufigen Verwalter bestellt.

Folgende Verfügungsbeschränkungen werden der Schuldnerin auferlegt: Gegen die Schuldnerin wird heute, um 12.00 Uhr, ein allgemeines Veräußerungsverbot erlassen. Die Schuldnerin darf über Vermögensgegenstände nur mit Zustimmung des vorläufigen Verwalters verfügen.

344 Eschwege, 12. 9. 1966

Amtsgericht

2873**Beschluß**

81 N 40/66: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Abbruchunternehmers Alois Odenweller, Frankfurt (Main), Eulengasse 51, wird zur Anhörung der Gläubiger über die Anregung des Konkursverwalters auf Einstellung des Verfahrens mangels Masse, zur Prüfung nachträglicher Forderungsmeldungen und

zur Abnahme der Schlußrechnung Termin anberaumt auf den 28. Oktober 1966, um 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11, V. Stock, Zimmer 507.

6 Frankfurt (Main), 8. 9. 1966

Amtsgericht, Abt. 81

2874

Beschluß

81 N 89/65: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des am 1. 12. 1964 verstorbenen Kürschnermeisters Konstantin Jovanovic, zuletzt wohnhaft in Frankfurt (Main), Sandweg 39, wird Termin zur Prüfung nachträglicher Forderungsanmeldungen, zur Abnahme der Schlußrechnung und Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis anberaumt auf den 21. Oktober 1966, um 11.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11, V. Stock, Zimmer 507.

Für den Konkursverwalter werden festgesetzt: Vergütung: 1400,00 DM, Auslagen: 76,40 DM.

6 Frankfurt (Main), 7. 9. 1966

Amtsgericht, Abt. 81

2875

Beschluß

81 N 112/65: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Unternehmers Friedrich Vornholt, Frankfurt (Main)-Oberrad, Speckgäßchen 6, mit Bau-, Bagger- und Abbruchbetrieb in Offenbach (Main), Bettinastraße 15, wird Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis sowie zur Abnahme der Schlußrechnung auf den 21. Oktober 1966, um 10.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11, V. Stock, Zimmer 507, anberaumt.

Für den Konkursverwalter werden festgesetzt: Vergütung 3200,— DM, Auslagen 106,50 DM.

6 Frankfurt (Main), 30. 8. 1966

Amtsgericht, Abt. 81

2876

Beschluß

81 N 42/61: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Bäckermeisters Alfred Kleiner, Frankfurt (Main), Ginnheimer Straße 14, jetzt Stegstraße 84, wird Termin zur Abnahme der Schlußrechnungen der Verwalter, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis, zur Anhörung über die Festsetzung der Vergütung und Auslagen des Gläubigerausschusses sowie zur Abstimmung über einen Zwangsvergleichsvorschlag auf den 14. Oktober 1966, um 10.15 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11, V. Stock, Zimmer 507, anberaumt.

Der Zwangsvergleichsvorschlag, die Erklärungen des Gläubigerausschusses, die Schlußrechnung und das Schlußverzeichnis sind auf der Geschäftsstelle zur Einsicht für die Beteiligten niedergelegt.

Für die Konkursverwalter werden a) die Vergütung b) die Auslagen wie folgt festgesetzt: Rechtsanwalt Dr. A. Bonhage a) 2000,— DM, Rechtsanwalt Dr. K. Morgen a) 1000,— DM, b) 5,— DM.

6 Frankfurt (Main), 31. 8. 1966

Amtsgericht, Abt. 81

2877

81 N 339/66 — **Nachlaßkonkursverfahren:** Über den Nachlaß der am 16. April 1965 in Frankfurt (Main), Schweizer Straße 54, ihrem letzten Wohnsitz, verstorbenen Witwe Elisabeth Spannring, wird heute, am 6. September 1966, um 13.50 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Helmut Masche, Frankfurt (Main), Zeil 65-69; Tel.: 28 58 24.

Konkursforderungen sind bis zum 1. Oktober 1966 zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden.

Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO sowie Prüfungstermin: 14. Oktober 1966, um 11.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11, V. Stock, Zimmer 507.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 1. Oktober 1966 ist angeordnet.

6 Frankfurt (Main), 6. 9. 1966

Amtsgericht, Abt. 81

2878

7 N 2/61: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des inzwischen verstorbenen Schlossermeisters Karl Fischer, Marburg (Lahn), Frankfurter Straße 32, ist zur Verhandlung und Abstimmung über den Vergleichsvorschlag des Erben des Gemeinschuldners Matthias Fischer, zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen, zur Anhörung über die Gewährung einer Vergütung und die Erstattung der Auslagen an die Mitglieder des Gläubigerausschusses sowie zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, Termin auf Donnerstag, den 13. Oktober 1966, um 9.00 Uhr im Sitzungssaal, Nr. 157, anberaumt.

Der Zwangsvergleichsvorschlag, die Erklärung des Gläubigerausschusses und die vorläufige Schlußrechnung sind auf der Geschäftsstelle, Zimmer 354, niedergelegt.

355 Marburg (Lahn), 9. 9. 1966

Amtsgericht, Abt. 7

2879

N 4/66: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Heinrich Lückel, Inhaber der Fa. Heinrich Lückel, Dudenhofen, Taunusstraße 9, ist gemäß § 204 KO eingestellt.

Festgesetzt sind: Vergütung des Verwalters auf 376,30 DM, seine Auslagen auf 116,40 DM.

6453 Seligenstadt (Hessen), 16. 8. 1966

Amtsgericht

2880

Beschluß

62 N 20/62: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Traiser — Autohandel GmbH, in Wiesbaden, Mainzer Straße 88-92, wird die Vornahme der Schlußverteilung genehmigt und Schlußtermin auf den 14. Oktober 1966, um 9.00 Uhr, auf Zimmer 243 des Amtsgerichts Wiesbaden bestimmt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Anhörung der Gläubiger zur Erstattung der Auslagen

und Festsetzung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses, sowie zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen.

62 Wiesbaden, 5. 9. 1966

Amtsgericht

Zwangsversteigerungen

Sammelbekanntmachung. Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert, und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, alsbald, spätestens zwei Wochen vor dem Termin, eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

2881

61 K 20/66: Die im Grundbuch von Wixhausen, Bände 38 und 43, Blätter 1929 und 2070, eingetragenen Grundstücke,

Band 38, Blatt 1929:

lfd. Nr. 1, Flur 6, Nr. 160, Ackerland, Im Reißerod, Größe 28,72 Ar.

Band 43, Blatt 2070:

lfd. Nr. 1, Flur 3 Nr. 80, Ackerland, Grünland im Appensee, Größe 11,75 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 5, Nr. 37/2, Ackerland, An der Ohlenbach, Größe 12,42 Ar,

sollen am 1. Dezember 1966, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Mathildenplatz Nr. 12, Saal 418, zur Aufhebung der Gemeinschaft, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 20. 4. 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): Band 38, Blatt 1929: Dorothea Ickler, geb. Stephan, verwitwete Kretschmann, Ehefrau des Weichenstellers August Ickler in Wixhausen; Band 43, Blatt 2070: Dorothea Ickler, geb. Stephan, Ehefrau des August Ickler in Wixhausen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen

Darmstadt, 18. 7. 1966

Amtsgericht, Abt. 61

2882

61 K 56/65: Die im Grundbuch von Schneppenhausen, Band 9, Blatt 635, eingetragenen Grundstücke,

Nr. 1, Gemarkung Schneppenhausen, Flur 1, Flurstück 102/1, Hof- und Gebäudefläche, Grafenhäuser Straße 18, Größe 1,93 Ar,

Nr. 2, Gemarkung Schneppenhausen, Flur 4 Flurstück 56, Ackerland, beim Erzer Weg, Größe 14,02 Ar,

Nr. 3, Gemarkung Schneppenhausen, Flur 5, Flurstück 102, Ackerland, am Kaulsgraben bei der langen Bölle, Größe 5,13 Ar,

Nr. 4, Gemarkung Schneppenhausen, Flur 5, Flurstück 128, Ackerland, daselbst Größe 6,41 Ar,

sollen am 22. Dezember 1966, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Mathildenplatz 12, Zimmer 418, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 22. 12. 65 (Tag des Versteigerungsvermerks): Annelies Czaja, geb. Fischer, in Schneppenhausen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen

61 Darmstadt, 1. 9. 1966

Amtsgericht, Abt. 61

2885

61 K 30/66: Eine Grundstückshälfte des im Grundbuch von Darmstadt, Bezirk IV, Band 22, Blatt 1090, eingetragenen Grundstücks,

Nr. 2, Gemarkung Darmstadt, Flur 4, Flurstück 963/1, Hof- und Gebäudefläche, Saalbaustraße 61, Größe 2,67 Ar,

soll am 8. Dezember 1966, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Mathildenplatz 12, Saal 418, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 25. 5. 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): Metzgermeister Ludwig Petri in Darmstadt zu 1/2.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen

61 Darmstadt, 26. 8. 1966

Amtsgericht, Abt. 61

2884

5 K 26/63: Das im Grundbuch von Tann, Band 19, Blatt 698, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Tann, Flur 7, Flurstück 100, Hof- und Gebäudefläche, Marktplatz 14, Größe 3,04 Ar,

soll am 15. Dezember 1966, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Fulda, Königsstraße 38, Zimmer Nr. 34, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 15. Okt. 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks): Gastwirt Max Trabert, in Tann (Rhön).

Der Verkehrswert des Grundstücks ist auf 55 000,— DM festgesetzt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

64 Fulda, 16. 8. 1966

Amtsgericht

2885

41 K 7/65: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Großkrotzenburg, Band 30, Blatt 1373, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 14, Flur G, Flurstück 941/118, Hof- und Gebäudefläche, Oberhaagstr. 17, Größe 2,86 Ar, und

lfd. Nr. 18, Flur N, Flurst. 61/1, Hof- und Gebäudefläche, Oberhaagstraße 17, Größe 4,24 Ar,

am 31. 10. 1966, um 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Hanau, Nußallee 17, Zimmer 18, versteigert werden.

Der Versteigerungsvermerk ist am 14. 4. 1965 in das Grundbuch eingetragen wor-

den. Als Eigentümerin ist die Ehefrau Liselotte Becker, geb. Bergmann, in Großkrotzenburg, jetzt verheiratete Neuwerk, eingetragen.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG auf 187 022,— DM festgesetzt.

Bieter haben auf Verlangen eines Beteiligten Sicherheit in Höhe von 10 % des Bargebotes zu leisten.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

645 Hanau, 7. 9. 1966

Amtsgericht, Abt. 41

2886

K 3/66 — 1. September 1966: Das im Grundbuch von Lützel-Wiebelsbach, Band 14, Blatt 665, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 2, Lützel-Wiebelsbach, Flur 1, Nr. 501/2, Hof- und Gebäudefläche, Brunnenstraße 246, jetzt: Mümlingstraße 14, Größe 2,10 Ar,

soll am Dienstag, dem 15. November 1966, um 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Höchst (Odw.), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 14. Februar 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): Annel Häger, geb. Schwinn, Lützel-Wiebelsbach.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG unter Zugrundelegung der ortsgewöhnlichen Schätzung festgesetzt auf 45 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6121 Höchst (Odenwald), 1. 9. 1966

Amtsgericht

2887

51 K 83/64: Die Miteigentumshälfte des im Grundbuch von Wahlershausen, Band 27, Blatt 659, eingetragenen Grundstücks,

Nr. 6, Gemarkung Wahlershausen, Flur 15, Flurstück 2/11, Lieg.-B. 512, 838, Hof- und Gebäudefläche, Löwenburgstraße 3, Größe 8,44 Ar,

soll am 3. November 1966, um 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Straße 11 (Saalbau), Zimmer 143, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer an der Miteigentumshälfte am 27. November 1964 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Gastwirt Wilhelm Barth, in Kassel.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

35 Kassel, 5. 9. 1966

Amtsgericht

2888

Beschluß

K 6/66: Die im Grundbuch von Schlitz, Band 45, Blatt 1897, eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Schlitz,

Flur 2, Nr. 431, Gartenland, am Heideberg, Größe 3,40 Ar,

Flur 2, Nr. 490, Ackerland, am Weinberg, Größe 13,38 Ar,

Flur 3, Nr. 306, Grünland, die Görtzwiesen, Größe 22,24 Ar,

Flur 14, Nr. 34, Ackerland, im Judengraben, Größe 81,51 Ar,

sollen am 5. Dezember 1966, um 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Schlitz, Bahnhofstraße 16, Sitzungssaal, zur Aufhebung der Gemeinschaft, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 12. 5. 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): 1) Charlotte Auguste Wölk, geb. Lauterbach, Dortmund, 2) Auguste Margarete Nordhoff, geb. Lauterbach, Dortmund, 3) Elsa Johanna Jeske, geb. Lauterbach, Dortmund, 4) Erna Auguste Elisabeth Schnellbacher, geb. Lauterbach, Hofheim, 5) Greta Charlotte Katharina Lauterbach, Frankfurt/Main, 6) Rudolf Friedrich Lauterbach, Frankfurt/Main, 7) Elisabeth Maul, Frankfurt/Main, 8) Heinrich Maul, Frankfurt/Main, 9) Anna Marie Mössmer, geb. Maul, Schlitz, 10) Johann Friedrich Thöt, Schlitz, 11) Christine Henriette Marschall, geb. Thöt, Rüsselsheim, 12) Christel Rast, geb. Thöt, Wächtersbach, 13) Hans Georg Thöt, Bermuthshain, 14) Heinrich Leonhard Heil, Schneverdingen, 15) Stephanie Maul, Frankfurt/Main, 16) Hans Christoph Maul, Frankfurt/Main, in ungeteilter Erbengemeinschaft.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt für: Flur 2 Nr. 431 auf 2 040,— DM; Flur 2 Nr. 490 auf 2 676,— DM; Flur 3 Nr. 306 auf 2 224,— DM; Flur 14 Nr. 34 auf 5 705,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen

6420 Lauterbach, 9. 9. 1966

Amtsgericht

2889

K 1/66: Die im Grundbuch von Salz, Band 11, Blatt 409, eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Salz,

Flur 1, Nr. 14, Grünland, Wald (Holzung), die Heistershöh, Größe 66,40 Ar,

Flur 3, Nr. 156, Hof- und Gebäudefläche, Radmühler Straße 37, Größe 15,50 Ar,

Flur 4, Nr. 120, Grünland, die Neuwiesen, Größe 115,30 Ar,

Flur 4, Nr. 159, Ackerland, die Schwelgershecken, Größe 87,70 Ar,

Flur 4, Nr. 160, Ackerland, daselbst, Größe 23,40 Ar.

Flur 4, Nr. 161, Ackerland, Grünland, daselbst, Größe 41,90 Ar,

Flur 1, Nr. 81, Ackerland, die Stollacker, Größe 139,00 Ar.

Flur 3, Nr. 157, Hof- und Gebäudefläche, Radmühler Straße 37, Größe 44,20 Ar,

sollen am 30. November 1966, um 9.00 Uhr, im Schulgebäude in Salz, Freientsteiner Straße 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 7. Januar 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Maurer und Landwirt Heinrich Jäger, in Salz; b) dessen Ehefrau Elfriede Emma Katharina Jäger, geb. Krieg, daselbst, Gesamtgut der allgemeinen Gütergemeinschaft.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt worden: Flur 1, Nr. 14, auf 2 300,— DM; Flur 3, Nr. 156, auf 80 000,— DM; Flur 4, Nr. 120, auf 6 000,— DM; Flur 4, Nr. 159, auf 2 500,— DM; Flur 4, Nr. 160, auf 700,— DM; Flur 4, Nr. 161, auf 1 500,— DM; Flur 1, Nr. 81, auf 8 500,— DM; Flur 3, Nr. 157, auf 90 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

642 Lauterbach (Hessen), 8. 9. 1966

Amtsgericht

2890

K 1/66: Die im Grundbuch von Erbach (Odw.), Band 47, Blatt 1932, eingetragenen Grundstücke, Lieg.-B. 1553,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Erbach, Flur 10, Flurstück 614, Hof- und Gebäudefläche, Gebr.-Grimm-Str., Größe 19,22 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Erbach, Flur 10, Nr. 615, Bauplatz, daselbst, Größe 19,87 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Erbach, Flur 10, Nr. 625, Hof- und Gebäudefläche, Gerhart-Hauptmann-Straße, Größe 23,45 Ar,

sollen am Donnerstag, dem 8. Dezember 1966, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Michelstadt durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 13. Januar 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Helmut Röder, Frankfurt (Main).

Der Wert der Grundstücke wurde gem. § 74a Abs. 5 ZVG wie folgt festgesetzt: lfd. Nr. 2: 1 205 500,— DM; lfd. Nr. 3: 109 300,— DM; lfd. Nr. 4: 1 850 000,— DM; Sa.: 3 164 800,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

612 Michelstadt, 5. 9. 1966

Amtsgericht

2891

Beschluß

K 18/65: Der $\frac{1}{3}$ -Anteil des im Grundbuch von Sickenhofen, Band 16, Blatt 871, eingetragenen Grundstücks,

lfd. Nr. 1, Flur 1, Flurstück 65, Hof- und Gebäudefläche, Wacholdergasse 3, Größe 2,20 Ar,

soll am Freitag, dem 18. November 1966, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Seligenstadt, Giselastraße 1, Zimmer Nr. 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 2. November 1965 (Tag des Versteigerungsvermerks): Anton Wendling, Sickenhofen, Wacholdergasse 3.

Der Wert des Grundstückanteils ist nach § 74a Abs. 5 ZVG auf 6000,— DM festgesetzt worden.

Kaufliedhaber haben auf berechtigtes Verlangen eines Beteiligten Sicherheit in Höhe von 10 v. H. des Bargebots zu leisten.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6453 Seligenstadt, 5. 9. 1966

Amtsgericht

2892

Beschluß

1 K 10/65: Das im Grundbuch von Usingen (Ts.), Band 52, Blatt 1859, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Usingen, Flur 4, Flurstück 101, Lieg.-B. 2419, Hof- und Gebäudefläche, Pfarrgasse Nr. 4, Größe 4,15 Ar,

soll am Mittwoch, dem 2. November 1966, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude,

Usingen (Ts.), Weilburger Straße Nr. 2, Zimmer Nr. 16, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 26. Juli 1965 (Tag des Versteigerungsvermerks): Weißbinder Hermann Dietrich jun., Düldeheim, Krs. Büdingen.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 90 800,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

639 Usingen (Taunus), 31. 8. 1966

Amtsgericht

2893

K 1/66: Die in den Grundbüchern von Unter-Schönmatte, Band 3, Blatt 205 und Band 4, Blatt 300, eingetragenen Grundstücke,

Blatt 205:

lfd. Nr. 4, Flur 20, Flurstück 90, Hof- und Gebäudefläche, Flocken-Busch 12, Größe 1,06 Ar,

lfd. Nr. 5, Flur 20, Flurstück 91, Hof- und Gebäudefläche, zu Flockenbusch 12, Größe 1,04 Ar, Ackerland, In den Äckern, Größe 11,00 Ar, Ackerland, daselbst (tlw. Obst), Größe 24,30 Ar, Unland, daselbst, Größe 0,09 Ar,

Blatt 300:

lfd. Nr. 4, Flur 20, Flurstück 94, Ackerland, In den Äckern, Größe 17,00 Ar, Unland, daselbst, Größe 1,44 Ar,

lfd. Nr. 5, Flur 20, Flurstück 148, Hof- und Gebäudefläche, zu Flockenbusch 23, Größe 0,40 Ar, Grünland (tlw. Obst), Unter dem Auweg, Größe 9,00 Ar, Unland, daselbst, Größe 0,80 Ar,

lfd. Nr. 6, Flur 20, Flurstück 149, Hof- und Gebäudefläche, Flockenbusch 23, Größe 1,00 Ar,

sollen am 9. 11. 1966, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wald-Michelbach, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 4. Mai 1966 (Tag des Versteigerungsvermerks): Eheleute Leonhard Beutel und Anna Katharina, geb. Baumbusch, beide in Unter-Schönmatte, Gesamtgut der Errungenschaftsgemeinschaft.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

6948 Wald-Michelbach, 5. 9. 1966

Amtsgericht

2894

Beschluß

61 K 11/64: Die im Grundbuch von Erbenheim, a) Band 53, Blatt 1464 und b) Band 57, Blatt 1576, eingetragenen Grundstücke,

Band 53, Blatt 1464:

lfd. Nr. 58, Flur 53, Flurstück 6002/1, Hof- und Gebäudefläche, Bahnstraße 7, Größe 0,23 Ar (Wert 805,— DM),

lfd. Nr. 59, Flur 53, Flurstück 6009/1, Hof- und Gebäudefläche, Bahnstraße 9, Größe 5,39 (Wert: 93 865,— DM),

lfd. Nr. 60, Flur 53, Flurstück 6058/7, Hof- und Gebäudefläche, Baumgarten, Größe 4,70 Ar (Wert: 206 450,— DM),

lfd. Nr. 61, Flur 53, Flurstück 6055/5, Hof- und Gebäudefläche, Bahnstraße 9, Größe 10,79 Ar (Wert: 234 765,— DM),

lfd. Nr. 69, Flur 53, Flurstück 6055/2, Hof- und Gebäudefläche, Bahnstraße 9, Größe 0,65 Ar (Wert: 2275,— DM),

lfd. Nr. 70, Flur 53, Flurstück 6058/4, Hofraum, Baumgarten, Größe 0,81 Ar (Wert: 2835,— DM),

lfd. Nr. 71, Flur 53, Flurstück 5998/4, Weg, Baumgarten, Größe 0,49 Ar (Wert: 1715,— DM),

lfd. Nr. 66, Flur 53, Flurstück 6055/3, Hof- und Gebäudefläche, Bahnstraße 9, Größe 3,08 Ar (Wert: 13 780,— DM),

lfd. Nr. 67, Flur 53, Flurstück 6058/3, Hofraum, Baumgarten, Größe 1,50 Ar (Wert: 5250,— DM),

lfd. Nr. 68, Flur 53, Flurstück 5598/3, Weg, Baumgarten, Größe 0,68 Ar (Wert: 2380,— DM),

lfd. Nr. 46, Flur 53, Flurstück 171/6055, Ackerland (Obstb.), Rheinstraße, Größe 0,32 Ar (Wert: 1120,— DM),

lfd. Nr. 64, Flur 53, Flurstück 6055/4, Hofraum, Bahnstraße 9, Größe 0,04 Ar (Wert: 140,— DM),

lfd. Nr. 65, Flur 53, Flurstück 6058/6, Hof- und Gebäudefläche, Baumgarten, Größe 0,02 Ar (Wert: 70,— DM),

lfd. Nr. 46 b, Flur 53, Flurstück 175/6055, Ackerland (Obstb.), Rheinstraße, Größe 0,01 Ar (Wert: 35,— DM),

lfd. Nr. 46 c, Flur 53, Flurstück 181/6055, Ackerland (Obstb.), Rheinstraße, Größe 0,08 Ar (Wert: 280,— DM),

lfd. Nr. 62, Flur 53, Flurstück 6058/2, Hof- und Gebäudefläche, Baumgarten, Größe 0,01 Ar (Wert: 35,— DM),

lfd. Nr. 63, Flur 53, Flurstück 5998/2, Weg, Baumgarten, Größe 0,17 Ar (Wert: 595,— DM),

lfd. Nr. 47a, Flur 53, Flurstück 192/6055, Ackerland (Obstb.), Rheinstraße, Größe 0,21 Ar (Wert: 735,— DM),

lfd. Nr. 53, Flur 53, Flurstück 199/6002, Hof- und Gebäudefläche, Bahnhofstraße 7, Größe 2,58 Ar (Wert: 70 000,— DM);

Band 57, Blatt 1576:

lfd. Nr. 21, Flur 53, Flurstück 6054, Ackerland, Hausbaumen, 3. Gewinn, Größe 3,11 Ar (Wert: 10 885,— DM). Zusammen 648 015,— DM,

sollen am 25. November 1966, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wiesbaden, Gerichtsstraße 2, Zimmer 243, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Die Wirtschaftsart soll sich bezügl. folgender Grundstücke, entgegen der Bezeichnung im Grundbuch, geändert haben:

lfd. Nr. 46, Flurstück 171/6055, Größe 0,32 Ar, jetzt betonierter Parkplatz und Eingang zur Florida-Bar,

lfd. Nr. 46 b, Flurstück 175/6055, Größe 0,01 Ar, jetzt Hof- und Gebäudefläche, zum California-Bau gehörig,

lfd. Nr. 46 c, Flurstück 181/6055, Größe 0,08 Ar, und

lfd. Nr. 47 a, Flurstück 192/6055, Größe 0,21 Ar, jetzt Wegeparzellen, die von der Stadt Wiesbaden zur Straßenerweiterung verwendet werden sollen.

Eingetragene Eigentümerin am 16. 4. 1964 in Blatt 1464, am 7. 8. 1964 in Blatt 1576 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ehefrau des Kaufmanns Arthur Pohbs, Elise, geb. Stoll, in Wiesbaden-Erbenheim, Bahnhofstraße 9.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistungen“ wird hingewiesen.

62 Wiesbaden, 6. 9. 1966

Amtsgericht

2895**Beschluß**

61 K 38/64: 1. Das Verfahren wird gemäß § 20 II RpfL. Ges. dem Rechtspfleger übertragen.

2. Das im Grundbuch von Wiesbaden, Bezirk Innen, Band 244, Blatt 3657, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Flur 66, Flurstück 248/11,

Hof- und Gebäudefläche, Adelheidstraße 56, Größe 4,65 Ar,

soll am 7. November 1966, um 11.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wiesbaden, Gerichtsstraße 2, Zimmer 243, zur Aufhebung der Gemeinschaft, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 7. 1. 1965 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Witwe Dina Steinbach, geb. Sauerberg-Reck, Wiesbaden; b) Frau Bella Seginer,

geb. Steinbach, Antwerpen/Belgien; c) Moses Avnon-Steinbach, Beel-Sheba/Israel; d) Witwe Irene von Duisburg, geb. Kosiol, Ludwigsburg, in Erbgemeinschaft

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

62 Wiesbaden, 6. 9. 1966 **Amtsgericht**

Andere Behörden und Körperschaften**2896**

Aufforderung: Frau Gerda Böse, Kassel, Naumburger Str. 9, hat die Kraftloserklärung ihres Sparkassenbuches Nr. 2 129 947 beantragt.

Der Inhaber des Sparkassenbuches wird aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches seine Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

35 Kassel, 5. 9. 1966

STADTSPARKASSE KASSEL
Der Vorstand

2897

Aufforderung: Die Nachgenannte hat die Kraftloserklärung des auf ihren Namen ausgestellten Sparkassenbuches beantragt: Katharina Kelpke geb. Hofmann, Niedenstein, Unterstr. 2, das Sparkassenbuch Nr. 35189, ausgestellt von der Kreissparkasse Fritzlar-Homburg zu Fritzlar.

Der Inhaber des Sparkassenbuches wird aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches seine Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

358 Fritzlar, 6. 9. 1966

KREISSPARKASSE FRITZLAR-HOMBERG ZU FRITZLAR
Der Vorstand

2898

Aufforderung: Herr Alois Kraus, Fulda, Tränke 34, hat die Kraftloserklärung seines Sparkassenbuches Nr. 140 273, ausgestellt von der Städtischen Sparkasse und Landesleihbank Fulda, Hauptzweigstelle Bonifatiusplatz, beantragt. Der Inhaber des Sparkassenbuches wird aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches seine Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

64 Fulda, 8. 9. 1966

STÄDTISCHE SPARKASSE UND LANDESLEIHBANK FULDA

2899

Aufforderung: Frau Maria Gündling geb. Kühn, Frankfurt/Main, Schnapphornweg 68 hat die Kraftloserklärung des auf ihren Namen lautenden Sparkassenbuches Nr. 01-77710 beantragt.

Der oder die Inhaber des Sparkassenbuches werden aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

6 Frankfurt (Main), 8. 9. 1966

STADTSPARKASSE FRANKFURT AM MAIN
Der Vorstand

2900

Aufforderung: Herr Rechtsanwalt O. J. Stegmann, Ffm., Fabriciusstraße 13, hat als Nachlaßpfleger für den verstorbenen Herrn Karl Bühl, zuletzt wohnhaft in Ffm., Röderbergweg 43, die Kraftloserklärung des auf diesen Namen lautenden Sparkassenbuches 25-6968 beantragt.

Der oder die Inhaber des Sparkassenbuches werden aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

6 Frankfurt (Main), 8. 9. 1966

STADTSPARKASSE FRANKFURT AM MAIN
Der Vorstand

2901

Aufgebot: Folgende Sparkassenbücher sind abhanden gekommen: Nr. 11873, Brigitte Schmidt geb. Boschin, Wallroth, Mühlendorf 20, Nr. 18539, Käthe Ponten geb. Saur, Edersee, Hammerberg 140.

Gemäß § 9 der Satzung der Kreissparkasse Schlüchtern in Verbindung mit § 14 Hess. Sparkassengesetz vom 10. 11. 1954 wird der jeweilige Inhaber des Sparkassenbuches aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage desselben seine Rechte anzumelden, widrigenfalls das jeweilige Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

649 Schlüchtern, 8. 9. 1966

Kreissparkasse Schlüchtern

2902

Kraftloserklärung: Die Nachgenannten haben die Kraftloserklärung folgender Sparkassenbücher beantragt:

1. Herr Hermann Peppler, Hopmannsfeld, Dirlammerstr. 49, lautend auf seinen Namen, Sparkassenbuch Nr. 9099, ausgestellt von unserer Hauptstelle Lauterbach

2. Herr Jörg Christian Jensen, Unterwegfurth, Nr. 27, lautend auf Jutta Jensen, Jörg Christian Jensen und Ellise Jensen geb. Rix, Sparkassenbücher Nr. 5676, 6066 und 6142, ausgestellt von unserer Hauptzweigstelle Schlitz.

Der oder die Inhaber der Sparkassenbücher werden aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage der Sparkassenbücher ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt werden.

6420 Lauterbach, 6. 9. 1966

KREISSPARKASSE LAUTERBACH IN HESSEN
Der Vorstand

2903

Kraftloserklärung: Durch Beschluß vom 25. August 1966 sind die nachgenannten Sparkassenbücher für kraftlos erklärt worden:

1. Sparkassenbuch Nr. 2-34124, Klara Schlitz geb. Häuser, Offenbach a. M.; 2. Sparkassenbuch Nr. 118109, Ferdinand Bürkel, Offenbach a. M.; 3. Sparkassenbuch Nr. 61877, Ferdinand Bürkel, Offenbach a. M.; 4. Sparkassenbuch Nr. 401373, Gerda Dagott, Offenbach a. M.; 5. Sparkassenbuch Nr. 160407, Elisabeth Jürgensen, Vormund: Karl Sanzi; 6. Sparkassenbuch Nr. 119340, Jesco Schreiner, Vormund: Karl Sanzi; 7. Sparkassenbuch Nr. 119339, Sarina Schreiner, Vormund: Karl Sanzi; 8. Sparkassenbuch Nr. 119749, Friedrich Schütter, Vormund: Karl Sanzi; 9. Sparkassenbuch Nr. 117505, Karl Schütttauf, Vormund: Karl Sanzi; 10. Sparkassenbuch Nr. 101651, Bernd Kern, Vormund: Karl Sanzi; 11. Sparkassenbuch Nr. 117208, Friedrich Starcke, Vormund: Karl Sanzi; 12. Sparkassenbuch Nr. 53622, Günter Sonnenfeld, Vormund: Karl Sanzi; 13. Sparkassenbuch Nr. 115561, Lieselotte Stöckel, Vormund: Karl Sanzi; 14. Sparkassenbuch Nr. 112112, Rosel Of, Vormund: Karl Sanzi; 15. Sparkassenbuch Nr. 54682, Ursula Of, Vormund: Karl Sanzi; 16. Sparkassenbuch Nr. 113532, Lilliane Nestic, Vormund: Karl Sanzi; 17. Sparkassenbuch Nr. 107683, Inge Bambach, Vormund: Irmgard Stammler; 18. Sparkassenbuch Nr. 63995, Heinrich Dambier, Vormund: Karl Sanzi; 19. Sparkassenbuch Nr. 105692, Magdalena Grell, Vormund: Karl Sanzi; 20. Sparkassenbuch Nr. 160057, Ernst Mahr, Vormund: P. E. Fengel; 21. Sparkassenbuch Nr. 104057, Richard Marks, Vormund: Karl Sanzi; 22. Sparkassenbuch Nr. 315464, Wilh. E. O. Seefeld, Vormund: Karl Sanzi; 23. Sparkassenbuch Nr. 502124, Elise Musel, Vormund: Karl Sanzi; 24. Sparkassenbuch Nr. 502622, Annemarie Klawin, Vormund: Karl Sanzi; 25. Sparkassenbuch Nr. 501357, Klaus Freytag, Vormund: Karl Sanzi; 26. Sparkassenbuch Nr. 501355, Lothar Freytag, Vormund: Karl Sanzi; 27. Sparkassenbuch Nr. 501356, Michael Freytag, Vormund: Karl Sanzi; 28. Sparkassenbuch Nr. 516915, Gertraud Sikora, Vormund: Karl Sanzi; 29. Sparkassenbuch Nr. 530453, Gertraud Steh, Vormund: Karl Sanzi.

605 Offenbach (Main), 25. 8. 1966

STÄDTISCHE SPARKASSE OFFENBACH AM MAIN
Der Vorstand

Schornsteinversottung

braune nasse Flecke, Risse und Undichtigkeiten beseitigen wir mit Garantie nach dem altbewährten Schweizer-Schädler-Verfahren.

Kein Beschmutzen der Wohnräume.

Unverbindl. Fachberatung.

ISOKA GmbH

Frankfurt (Main)
Stahlburgstraße 24
Tel. 55 17 59

H. Osterhagen

Tanküberprüfung

Tankreinigung

Kunststoffauskleidung

Frankfurt M.
Mainzer Landstraße 691
Ruf (06 11) 38 21 53

Öffentliche Ausschreibungen

2904

Bad Hersfeld: Die Bauleistungen für die Herstellung der Brückenanschlüsse an die Bundesbahnunterführung im Zuge der L 3152 beim Bahnhof Frielendorf, Kreis Ziegenhain, von km 0,435 bis km 1,100 sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- ca. 6 000 cbm Erdarbeiten
- ca. 4 000 t Frostschutzmaterial
- ca. 5 000 qm bituminösen Unterbau, 290 kg/qm
- ca. 5 000 qm Asphaltbinder, Körnung 0/18, 84 kg/qm
- ca. 5 000 qm Asphaltbeton, Körnung 0/8, 84 kg/qm und sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit: 100 Werktage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen. Angebotsunterlagen sind bis zum 23. Sept. 1966 unter Beifügung der Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten in Höhe von 10,— DM für zwei Ausfertigungen anzufordern. Der Betrag ist bei der Staatskasse Bad Hersfeld, Postscheckkonto Ffm. Nr. 6753 unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin am 7. 10. 1966, um 11.00 Uhr, im Gebäude des Hessischen Straßenbauamtes Bad Hersfeld. Zuschlags- und Bindefrist: 1 Monat.

643 Bad Hersfeld, 6. 9. 1966

Hessisches Straßenbauamt

2907

Hanau: Durch das Hess. Straßenbauamt Hanau sollen die folgenden Arbeiten in öffentlicher Ausschreibung vergeben werden.

1. Ausbau der Landesstraße 2306, von km 14,926 — km 14,729 in der Ortsdurchfahrt Gelnhausen.

Leistungen u. a.:

- 900 cbm Bodenmassen DIN 18.300, 2,24 — 2,26
- 800 t Hartsteinfrostschutzmaterial 0/35 mm
- 550 t Bindemittel-Mineral-Gemisch 0/35 mm
- 120 t Asphaltbinder 0/18 mm
- 1 500 qm Asphaltfeinbeton 0/8 mm — 70 kg/qm
- 400 lfd. m Pflasterrinne 0/35 m breit aus Betonpflastersteinen 16/16/14

Bauzeit: 35 Werktage.

Eröffnungstermin: Freitag, den 30. 9. 1966, 10.00 Uhr.

Zuschlags- und Bindefrist: 18 Werktage.

2. Ausbau der Kreisstraße 875, von km 0,003 — km 0,296 in der Ortsdurchfahrt Großauheim.

Leistungen u. a.:

- 1 700 cbm Bodenmassen DIN 18.300, 2,24 — 2,26
- 1 200 t Hartsteinfrostschutzmaterial 0/35 mm
- 800 t Bindemittel-Mineral-Gemisch 0/35 mm
- 2 400 qm Asphaltfeinbeton 0/8 mm — 70 kg/qm
- 180 t Asphaltbinder 0/18 mm
- 320 lfd. m Pflasterrinne 0,50 m breit aus Betonpflastersteinen 16/16/14

250 lfd. m Betontiefbordsteine

Bauzeit: 35 Werktage.

Eröffnungstermin: Freitag, den 30. 9. 1966, 10.30 Uhr.

Zuschlags- und Bindefrist: 18 Werktage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen. Angebotsunterlagen werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von je 5,— DM abgegeben. Der Betrag muß vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Hanau, Postscheckkonto Ffm. Nr. 6752 — unter Angabe der Zweckbestimmung — eingezahlt werden. Die Unterlagen können ab 20. September 1966 abgeholt werden.

Die Eröffnung findet beim Hess. Straßenbauamt Hanau, 645 Hanau/Main, Hainstraße 32, statt.

645 Hanau (Main), 9. 9. 1966

Hessisches Straßenbauamt

2905

Dillenburg: Für den Ausbau der OD. Atzbach (Reststrecke) von km 7,021 — 7,839 und Herstellung einer Deckenverstärkung sowie Anlage eines Bürgersteiges (linksseitig) zw. Dorlar und Atzbach im Zuge der L 3020 v. km 6,332 — 7,024 sollen u. a. vergeben werden:

- ca. 1 700 cbm Bodenbewegen
- ca. 220 t Sauberkeitsschicht aus Hart- oder Kalkgestein 0/5 mm
- ca. 800 t Frostschutzschicht aus Hart- oder Kalkgestein 0/35 mm
- ca. 2 000 t Rüttelschotterunterbau 35/55 mm
- ca. 5 600 qm Asphaltbinder 0/18 mm (87 kg/qm)
- ca. 3 500 qm Asphaltfeinbeton 0/8 mm (75 kg/qm)
- ca. 1 100 lfd. m Hochbordsteine mit Halbrinne einschl. Betonunterbau
- ca. 2 150 qm Fußwegbefestigung

Bauzeit: 70 Werktage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 12,— DM abgegeben. Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Dillenburg (Postscheckkonto Ffm. Nr. 6820) unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin: 23. 9. 1966, um 11.15 Uhr im Hess. Straßenbauamt Dillenburg, Moritzstr. Zuschlags- und Bindefrist bis 20. 10. 1966.

4 Dillenburg, 12. 9. 1966

Hessisches Straßenbauamt

2906

Dillenburg: Für die Beseitigung von Frostschäden auf der L 3376 zwischen Aßlar und Bechlingen, III. Bauabschnitt km 3,400 — 3,650, IV. Bauabschnitt km 3,900 — 4,400 sollen u. a. vergeben werden:

- a) 3 000 cbm Erdmassen bewegen
- b) 1 400 t Hartsteinbrechsand 0/5 mm
- c) 4 000 t Hartsteinsplitt 0/35 mm bzw. 3 000 cbm Kies-sand 0/50 mm
- d) 2 100 t Hartsteinschotter 35/35 mm
- e) 4 500 qm Asphaltbinder 0/25 mm
- f) 4 600 qm Asphaltfeinbeton 0/8 mm
- g) 14 000 qm Böschungflächen mit Mutterboden 0,15 m stark andecken

einschl. Bankette, Gräben, Dränagen und allen Nebenarbeiten

Bauzeit: 80 Werktage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 10,— DM abgegeben. Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Dillenburg (Postscheckkonto Ffm. Nr. 6820) unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin: 23. 9. 1966, um 11.00 Uhr im Hess. Straßenbauamt Dillenburg, Moritzstr. Zuschlags- und Bindefrist bis 20. 10. 1966.

634 Dillenburg, 12. 9. 1966

Hessisches Straßenbauamt

2908

Marburg: Die Bauleistungen für den Ausbau der Landesstraße Nr. 3073 Ortsdurchfahrt Gemünden von Str.-km 17,600 bis 18,200 sollen vergeben werden.

Leistungen:

- 1 200 cbm Erdbewegung
- 2 300 t Frostschutz d. K. 0/35 mm
- 5 000 qm bit. Tragschicht (10 cm dick)
- 5 000 qm Asphaltbinderschicht (3,5 cm dick)
- 5 000 qm Asphaltfeinbetonschicht (2,5 cm dick) und sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit: 60 Werktage.

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen. Angebotsunterlagen werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Gebühr von 6,— DM abgegeben. Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Marburg (Lahn), Postscheckkonto Frankfurt a. Main Nr. 6758 unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen. Meldeschluß: 23. September 1966.

Eröffnungstermin: 4. Oktober 1966, um 11.00 Uhr im Zimmer 14 des Hessischen Straßenbauamtes Marburg (Lahn). Zuschlags- und Bindefrist: 4. November 1966.

355 Marburg (Lahn), 9. 9. 1966

Hessisches Straßenbauamt

2909

Schotten: Die Bauleistungen für den Ausbau der Kreisstr. 201, Fauerbach — K 199 (Unterlais) sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- rd. 1 000 cbm Erdbewegung
- rd. 1 500 t Frostschutzschicht 0/35
- rd. 3 500 t Schotterunterbau
- rd. 8 800 qm Asphaltbinderschicht 0/18
- rd. 9 000 qm Asphaltfeinbetondeckschicht 0/8
- rd. 360 lfd. m Betonhochbordsteine
- rd. 200 lfd. m Drainage
- rd. 180 lfd. m Kanalleitung ϕ 30

Bauzeit: 80 Werktage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 27. 9. 1966 anzufordern. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 5,— DM, die nicht zurückertattet werden, ist beizufügen. Einzahlungen bei der Staatskasse Gießen, Postscheck-Konto Nr. 39312 Frankfurt/Main, mit Angabe der Zweckbestimmung.

Eröffnungstermin am 4. 10. 1966 um 11.00 Uhr im Hess. Straßenbauamt Schotten, Gedernerstraße 10. Zuschlags- und Bindefrist: 21 Kalendertage.

6479 Schotten, 8. 9. 1966

Hessisches Straßenbauamt

2910 Hessische Landesbank - Girozentrale - Frankfurt (Main)

PASSIVA

Bilanz zum 31. Dezember 1965

AKTIVA

	DM	DM	DM	DM
1. Kassenbestand	97 726 288,99	4 582 298,42		
2. Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	182 003 750,—	115 994 357,32		
3. Postscheckguthaben	497 654 872,10	4 196 828,57		
4. Guthaben bei Kreditinstituten (Nostro Guthaben)				
a) täglich fällig	97 726 288,99			
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von weniger als 3 Monaten	182 003 750,—			
c) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von 3 Monaten und mehr	497 654 872,10			
5. Fällige Schuldverschreibungen, Zins- und Dividendenscheine				
6. Schecks		787 364 891,09		
7. Wechsel		5 025 624,94		
darunter: a) bundesbankfähige Wechsel, soweit die Deutsche Bundesbank sie nicht allgemein vom Ankauf ausgeschlossen hat DM 160 747 511,04		4 540 872,46		
b) eigene Ziehungen DM —,—		211 084 036,04		
8. Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen		215 671 111,12		
darunter: des Bundes und der Länder DM 215 671 111,12		200 907 452,10		
Zur Deckung bestimmt DM 72 137 361,12				
9. Kassenobligationen		366 154 978,81		
darunter: Länder DM 65 376 093,76				
10. Wertpapiere, soweit sie nicht unter anderen Forderungen auszuweisen sind				
a) Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Bundes				
und der Länder		53 172 697,—		
b) sonstige verzinsliche Wertpapiere		308 180 439,93		
c) börsengängige Dividendenwerte		3 821 842,88		
d) sonstige Wertpapiere		—,—		
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank DM 362 333 136,93				
11. Ausgleichs- und Deckungsforderungen gegen die öffentliche Hand				
a) Ausgleichsforderungen		14 903 674,79		
Zur Deckung bestimmt DM 8 958 615,04				
b) Deckungsforderungen		12 324 167,95		
12. Eigene Schuldverschreibungen (Nennbetrag in DM 37 327 800,—)		33 548 630,—		
13. Konsortialbeteiligungen		—,—		
14. Debitoren				
a) Kreditinstitute		22 244 441,47		
b) sonstige		460 248 395,11		
Übertrag:		2 456 781 851,19		
1. Einlagen				
a) Sichteinlagen von				
aa) Kreditinstituten		254 699 581,50		
ab) sonstigen Einlegern		128 839 127,51		
b) Befristete Einlagen von				
ba) Kreditinstituten		1 221 936 626,21		
bb) sonstigen Einlegern		389 188 514,09		
darunter: mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von 3 Monaten und mehr DM 1 086 950 270,41				
c) Spareinlagen				
ca) mit gesetzlicher Kündigungsfrist		29 592 351,38		
cb) mit besonders vereinbarter Kündigungsfrist		11 167 349,64		
2. Aufgenommene Gelder (Nostroverpflichtungen)				
darunter: a) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von 3 Monaten und mehr DM 74 692 091,21				
b) zweckgebundene Mittel DM 85 644 341,21				
c) Verbindlichkeiten mit Teilhaftung DM 28 550,21				
d) davon Härtings DM 2 855,02				
3. Eigene Akzepte und Solawechsel abzüglich eigener Bestand				
4. Aufgenommene langfristige Darlehen				
darunter: Darlehen mit Teilhaftung DM 12 602 521,97				
davon Härtings DM 3 782 282,59				
5. Schuldverschreibungen im Umlauf				
a) Pfandbriefe				
zum Zinssatz von 4% (Altsparerpfandbriefe)		11 085 850,—		
zum Zinssatz von 4% (Umtauschpfandbriefe)		12 362 700,—		
zum Zinssatz von 5%		141 655 900,—		
zum Zinssatz von 5 1/2%		225 107 200,—		
zum Zinssatz von 6%		660 589 200,—		
zum Zinssatz von 6 1/2%		13 849 800,—		
zum Zinssatz von 7%		14 172 600,—		
b) Kommunalschuldverschreibungen				
zum Zinssatz von 4%		4 799 500,—		
(Umtauschschuldverschreibungen)		144 511 600,—		
zum Zinssatz von 5%		225 903 700,—		
zum Zinssatz von 5 1/2%		1 065 704 200,—		
zum Zinssatz von 6%		45 347 600,—		
zum Zinssatz von 7%		147 673 700,—		
zum Zinssatz von 7 1/2%		1 095 300,—		
c) Inhaberschuldverschreibungen				
zum Zinssatz von 5 1/2%		52 450 000,—		
d) Kassenobligationen				
zum Zinssatz von 4 1/2%		35 000 000,—		
zum Zinssatz von 5%		158 200 000,—		
e) verlorene und gekündigte Stücke				
Zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen dem Darlehensgeber ausgehändigte Namensschuldverschreibungen DM 344 308 399,73				
Übertrag:		2 970 081 073,30*		

Übertrag:

Übertrag:

5 951 435 125,07

PASSIVA

	DM	DM	DM
6. Zinsen von Schuldverschreibungen im Umlauf und aufgenommenen langfristigen Darlehen		Übertrag	5 951 335 125,07
		anteilige Zinsen	
		fällige Zinsen	
a) Pfandbriefe	16 904 558,57	DM	17 311 072,26
b) Kommunal-schuldverschreibungen	22 884 080,34		23 473 373,21
c) Inhaberschuldverschreibungen	845 625,—		845 625,—
d) Kassenobligationen	2 985 833,33		2 985 833,33
e) aufgenommene Darlehen	3 558 355,06	1 339,40	3 559 694,46
7. Durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte) darunter: Sparprämien-Gutschriften nach dem SparPG	40 419 393,03	DM 970 180,34	3 371 522 930,82
8. Stammkapital			100 000 000,—
9. Rücklagen nach § 10 KWG a) gesetzliche Rücklagen b) sonstige darunter: Rücklagen der Bausparkasse	17 115 952,— ^{*)}	DM 16 500 000,—	107 500 000,—
10. Sonstige Rücklagen	10 000 000,—		72 000 000,—
11. Rückstellungen			35 500 000,—
12. Wertberichtigungen	1,—		45 715 198,76 ^{*)}
13. Sonstige Passiva	18 884 955,04 ^{*)}		—,—
13A. Verbindlichkeiten der Bausparkasse darunter: nicht kompensierte Verrechnungen mit der Bankabteilung	1 135 822 749,84	DM 20 000 000,—	952 629,37
14. Rechnungsabgrenzungsposten			1 119 322 749,64
15. Mehrerlös aus der Ausgabe von Schuldverschreibungen über dem Rückzahlungsbetrag	17 276 560,61		45 251 565,36
16. Reingewinn Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr Gewinn 1965 darunter: Gewinn der Bausparkasse	—,—	DM —,—	—,—
			4 780 000,—
		Summe der Passiva	10 794 555 797,28
17. Eigene Ziehungen im Umlauf a) darunter: den Kreditnehmern abgerechnet	—,—	DM —,—	—,—
18. Verbindlichkeiten aus Bürgschaften, Wechsel und Scheckbürgschaften sowie aus Gewährleistungsverträgen	—,—		331 521 506,72
19. Indossamentverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln	36 448 425,12		55 893 180,30
20. Verbindlichkeiten gegen Konzernunternehmen (einschl. der Verbindlichkeiten unter Passiva Pos. 17a, 18, 19)			121 516,25
21. Verwaltungskredite			69 276 821,26

AKTIVA

	DM	DM	DM
15. Langfristige Ausleihungen		Übertrag	2 458 781 851,19
a) gegen Grundpfandrechte	DM 745 404 562,69		750 870 262,45
b) gegen Kommunaldeckung	DM 2 043 759 889,45		2 433 727 594,51
c) sonstige	DM 222 654 219,—		540 123 542,99
16. Zinsen von langfristigen Ausleihungen gegen anteilige im Dez. 1965 rückständige Zinsen u. am 2. 1. 1966 fäll. Zinsen			3 724 721 403,95
a) Grundpfandrechte	5 585 369,65	2 281 658,07	294 861,57
b) Kommunaldeckung	20 352 832,53	7 994 316,29	42 106,68
c) sonstige	2 403 026,38	1 310 039,85	155 182,01
17. Durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte) darunter: Sparprämien-Forderungen nach dem SparPG	3 371 522 930,82	DM 970 180,34	40 419 393,03
18. Beteiligungen darunter: an Kreditinstituten	17 115 952,— ^{*)}	DM 4 918 501,—	3 371 522 930,82
19. Grundstücke und Gebäude a) dem eigenen Geschäftsbetrieb dienende b) sonstige	10 000 000,—		9 445 000,—
			555 000,—
20. Betriebs- und Geschäftsausstattung	1,—		—,—
21. Sonstige Aktiva	18 884 955,04 ^{*)}		1,—
21A. Vermögenswerte der Bausparkasse darunter: nicht kompensierte Verrechnungen mit der Bankabteilung	1 135 822 749,84	DM 162 253 026,49	18 884 955,04 ^{*)}
22. Rechnungsabgrenzungsposten			1 135 822 749,84
23. Mindererlös aus der Ausgabe von Schuldverschreibungen unter dem Rückzahlungsbetrag	17 276 560,61		17 276 560,61
24. Reinerlust	—,—		—,—
		Summe der Aktiva	10 794 555 797,28
25. In den Aktiven und in den Rückgrifforderungen aus den Passiven 17a, 18, 19 sind enthalten: a) Forderungen an Konzernunternehmen b) Forderungen an Mitglieder des Vorstandes, an Geschäftsführer und an andere in § 15 Abs. 1 Nr. 1, 3 — 6 und Abs. 2 KWG genannte Personen sowie an Unternehmen, bei denen ein Geschäftsführer oder ein Mitglied des Verwaltungsträgers des Kreditinstitutes Inhaber oder persönlich haftender Gesellschafter ist	—,—		—,—
*) Veränderungen durch Berichtigung der Umstellungsrechnung			

Landesbausparkasse Hessen - Frankfurt (Main)

Bilanz zum 31. Dezember 1965 (in der Bilanz der Gesamtbank enthalten)

PASSIVA

	DM	DM	DM
1. Spareinlagen			
a) der nicht zugeteilten Bausparer		652 374 637,05	
b) der zugeteilten Bausparer		120 036 787,25	
		<u>772 411 424,30</u>	
2. Leihgeld			331 234 434,82
3. Sonstige Verbindlichkeiten			3 032 669,06
4. Rücklagen			16 500 000,—
5. Rückstellungen			6 502 394,68
6. Rechnungsabgrenzungsposten			6 141 828,78
			<u>1 135 822 749,64</u>
		Summe der Passiva	661 000,—

7. Verbindlichkeiten aus Bürgschaften

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1965
(in der Gewinn- und Verlustrechnung der Gesamtbank enthalten)

ERTRAG

	DM	DM	DM
1. Zinsen und Beiträge			
a) Zinsen aus Bauspardarlehen		11 346 034,85	
b) sonstige Zinsen		46 272 429,93	
		<u>57 618 474,78</u>	
2. Gebühren			
a) Abschlussgebühren		7 880 611,92	
b) sonstige		3 085 570,17	
		<u>10 966 182,09</u>	
3. Sonstige Erträge			62 739,27
4. Außerordentliche Erträge			65 042,65
			<u>68 712 438,79</u>

AKTIVA

	DM	DM	DM
1. Postscheckguthaben			577 880,63
2. Guthaben bei der Landesbank, öffentlichen Sparkassen und fremden Girozentralen			369 803 890,27
			101 714 000,62
3. Wertpapiere			
4. Ausgleichs- und Deckungsforderungen gegen die öffentliche Hand			
a) Ausgleichsforderungen		2 084 382,20	
b) Deckungsforderungen		102 930,73	
		<u>2 187 312,93</u>	
5. Zwischenkredite			222 687 610,02
6. Bauspardarlehen (noch nicht ausgezahlte Bauspardarlehen DM 190 070 722,61)			232 482 728,86
7. Sonstige Darlehen			185 854 938,31
8. Sonstige Forderungen			2 850 169,—
9. Betriebs- und Geschäftsausstattung			1,—
10. Rechnungsabgrenzungsposten			7 644 218,—
			<u>1 135 822 749,64</u>
		Summe der Aktiva	

AUFWAND

	DM	DM	DM
1. Zinsen			
a) Spareinlagen		18 319 404,12	
b) sonstige		19 802 353,45	
		<u>38 121 757,57</u>	
2. Verwaltungsaufwand			
a) persönlicher		6 247 495,81	
b) sächlicher		2 312 887,24	
		<u>8 560 383,05</u>	
3. Aufwand des Neugeschäfts			8 027 255,82
4. Steuern			3 636 501,28
5. Abschreibungen			6 084 648,74
6. Sonstige Aufwendungen			263 304,—
7. Außerordentliche Aufwendungen			18 808,13
8. Zuweisung an Rücklagen			4 000 000,—
			<u>68 712 438,79</u>

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer pflichtmäßigen Prüfung auf Grund der Schriften, Bücher und sonstigen Unterlagen der Hessischen Landesbank — Girozentrale — Frankfurt am Main, sowie der erteilten Aufklärungen und Nachweise entsprechen die Buchführung, der Jahresabschluss sowie der Geschäftsbericht, soweit er den Jahresabschluss erläutert, den gesetzlichen Vorschriften. Im übrigen haben auch die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bank wesentliche Beanstandungen nicht ergeben.

Frankfurt am Main, den 28. Februar 1966

Deutsche Revisions- und Treuhand-Aktiengesellschaft
Treuarbeit

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

gez. Dr. Scholz
Wirtschaftsprüfer

gez. ppa. Dr. Müller
Wirtschaftsprüfer

Frankfurt (Main), den 10. Februar 1966

Hessische Landesbank — Girozentrale —
Der Vorstand

Dr. Conrad
Dr. Finster
Dr. Baumann
Seeliger
Feldmann
Kehm

2911

Bei der Gemeinde Lindenhofhausen, Kreis Limburg/L. (ca. 2 650 Einw., Ortsklasse A) ist die

Stelle des hauptamtlichen Bürgermeisters

durch das Ableben des seitherigen Stelleninhabers neu zu besetzen.

Die Wahl erfolgt auf sechs Jahre. Die Besoldung richtet sich nach Gruppe W 3 des hessischen Gesetzes über die Bezüge der Wahlbeamten in seiner neuesten Fassung. Wohnung ist vorhanden.

Neben der Verwaltungsprüfung oder des Abiturs sind gute Kenntnisse auf den Gebieten der Kommunalverwaltung und -finanzen erforderlich.

Bewerbungen mit den notwendigen Unterlagen (Lebenslauf, Lichtbild, beglaubigte Zeugnisabschriften und lückenloser Nachweis über bisherige Tätigkeit) sind bis zum 10. Oktober 1966 an den Vorsitzenden des Wahlausschusses, Theo Gabb, 6251 Lindenhofhausen, Albanusstr. 24, zu richten.

Die Bewerbungen müssen das Kennwort „Bürgermeisterwahl“ tragen. Von persönlichen Vorstellungen ist vorerst Abstand zu nehmen.

6251 Lindenhofhausen, 9. 9. 1966

Der Vorsitzende des Wahlausschusses

2912

An der Staatlichen Ingenieurschule für Bau- und Vermessungswesen Frankfurt/Main sind zum 1. 3. 1967 oder später

2 Planstellen für Bauräte im technischen Schuldienst

für die Fachrichtung Vermessung zu besetzen.

Verlangt werden: 5jährige praktische Tätigkeit nach Ablegung der Diplomprüfung oder mindestens 2jährige Praxis nach Ablegung der großen Staatsprüfung.

Es wird gebeten, Bewerbungen mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften an den Direktor der Staatlichen Ingenieurschule für Bau- und Vermessungswesen Frankfurt/Main, 6 Frankfurt/Main 1, Nibelungenplatz 1, (Tel. 55 36 10 und 55 92 16) zu richten.

Planung und vollständige Ausstattung von gewerblichen Küchen

Lacher

Großküchen-Einrichtungen

D A R M S T A D T ELISABETHENSTRASSE 12 RUF 7 09 86

- Großkochanlagen
- Küchenmöbel
- Küchenmaschinen
- Porzellan - Glas
- Metallwaren

Berater und Lieferer bei staatlichen und kommunalen Baumaßnahmen



**WILHELM FIESELER
OHG
WIESBADEN**

Adelheidstr. 21 · Tel.-Sa.-Nr. 3 94 11

Elektrotechnische Großhandlung seit 1914

Fritz Russ

Rheinstraße 36 Faulbrunnenstraße 12

Berat. Ing. DAJ

Bauingenieurbüro

Wiesbaden

Baukonstruktionen

Straßen-,
Brückenplanung

Ruf: 37 20 44

Statik

HEINRICH STEUL KG

Hoch-, Tief- und Stahlbetonbau

Wetzlar/Lahn · Falkenstr. 22-24 · Fernsprecher 2603

WILLI HESS

Maler-, Weißbinder- und Tapexierer-Geschäft

6 Frankfurt am Main

Melsunger Straße 1 Telefon 45 26 92 - 45 16 84

Ingenieurbüro Günter Schwebel

Büro für Straßen- und Verkehrsplanung

6 Frankfurt/Main

Grethenweg 45 · Telefon 61 59 94

RAY

Gasbrenner | vom Einfamilienheim
Ölbrenner | bis zum Großbetrieb
geprüft — sicher — vollautomatisch

RAY sorgt für zuverlässigen Kundendienst

RAY Öl- und Gasbrenner GmbH

62 Wiesbaden-Schierstein · Schoßbergstraße 22
Telefon (0 61 21) 6 67 47

DAG-SCHULE

Buchführung · Kostenrechnung · Bilanzwesen
Frankfurt/Main, Bockenheimer Landstraße 72-74

Der Staatsanzeiger für das Land Hessen erscheint wöchentlich montags. Fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. Bezugspreis vierteljährlich DM 7,20. Herausgeber: der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils Oberregierungsrat Gantz, für den übrigen Teil Paul Hartelt. Verlag: Verlag Kultur und Wissen GmbH, 62 Wiesbaden, Postscheckkonto 6 Frankfurt/Main Nr. 143 60. Bankkonten: Bank für Gemeinwirtschaft 65 Mainz, Nr. 78 326. Deutsche Effekten- und Wechselbank, 62 Wiesbaden Nr. 69 655. Druck: Pressehaus Geisel Nachf., 62 Wiesbaden, Bahnhofstraße 33. Anzeigenannahme und Vertrieb: Staats-Anzeiger, 62 Wiesbaden, Wilhelmstraße 42. Sa.-Nr. 3 96 71. Fernschreiber: 04-186 648. Preis von Einzelstücken: bis 32 Seiten Umfang DM 1,50 und DM —,25 Versandkosten, bis 40 Seiten DM 2,— und DM —,30, bis 48 Seiten DM 2,40 und DM —,40, über 48 Seiten DM 2,60 und DM —,40. Lieferung gegen Vorauszahlung (keine Ericfmarken) auf das Postscheckkonto des Verlages. Anzeigenschluß: 7 Tage vor Erscheinen. Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 5 1. 1. 1966. Umfang dieser Ausgabe 20 Seiten.